

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nummer 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungskasse Nr. 4089 a 6 Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 104.

Dienstag, den 5. Mai 1896.

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, 1. Mai.

88. Sitzung.

Die Beratung des Vorfengesetzes wird bei Paragraph 47 „Untersuchung des Terminhandels“ mit dem Antrag Fuchs-Schwarze fortgesetzt.

Schulau (Soz.): Das Termingeschäft sei eine Nothwendigkeit für das moderne Geschäftsleben. Das Verbot des Terminhandels sei eine Prämie für die Brodvertheuerung. Die Annahme des Antrages Fuchs-Schwarze würde eine Kapitulation vor den Agrariern bedeuten. Die Regierung sei den Agrariern entgegengekommen. Auch die bürgerlichen Parteien hätten Schwankungen gemacht. Die leichte Cavallerie des Herrn v. Pöhl habe eine Anzahl von Nationalliberalen an ihre Nothscheweife gebunden. (Großer Lärm und Heiterkeit.) Ebenso hat das Zentrum geschwenkt.

Wachm (Z.): Mit Schlagworten sei die vorliegende Frage nicht zu lösen. Die Auswache des Terminhandels ließen sich von beiden Seiten nicht trennen; darum müsse man der Frage kühl entgegenreten, ob es möglich sei, ihn ganz zu verbieten. Das Bedenklichste sei der rein spekulative Handel mit sogenannten Papierzeilen. Wenn die Regierung nicht den Muth habe, dies Unwesen zu verbieten, so müsse ihn der Reichstag haben. Die Verantwortung für diesen entscheidenden Schritt müsse allerdings zum Theil von der agrarischen Agitation im Lande mitgetragen werden. Die größte Mehrzahl seiner Freunde wolle mit ihm, Nebenher, diese Verantwortung gern übernehmen; ein anderer Theil seiner Freunde stehe dem skeptisch gegenüber, werde aber trotzdem dafür stimmen, weil der größte Theil des Terminhandels Unfug sei. (Lebhafte Bravo rechts.)

Unterstaatssekretär Nothe: Es sei sehr gut möglich, die Auswache des Terminhandels durch das Gesetz zu treffen und dies sei in der Vorlage geschehen.

Graf Kanitz: Es handelt sich nicht um den Terminhandel überhaupt, sondern um den börsenmäßigen Terminhandel. Redner verliest die Ansagen von Kaufleuten in der Börse-Enquete-Kommission, in der ein Kaufmann sogar zugegeben habe, daß beim Termingeschäft vielfach dolus unterlaufe. Ein wirtschaftlicher Nutzen liege absolut nicht im Terminhandel.

von Bennigsen (N.) erklärt, nach eingehenden wiederholten Erörterungen der Frage hätten die Nationalliberalen einstimmig beschlossen, dem Antrag Fuchs zuzustimmen unter voller Erkenntnis der Bedeutung und Verantwortlichkeit dieses Schrittes. Den schweren Schäden, die besonders an der Berliner Börse beständen, müsse entgegengetreten werden. Der börsenmäßige Terminhandel bestehe in nennenswerthem Umfange eigentlich überhaupt nur in Berlin. Stimmen von anderen Börsen und die gesamte Müllerei erklärten den börsenmäßigen Terminhandel nicht für eine Nothwendigkeit; sein Verbot werde den übrigen Börsen im Lande nicht schaden.

Die Konservativen und das Zentrum beantragen Schluß der Debatte, welcher angenommen wird.

Graf Arnim (N.) und Graf Bernstorff-Neuzen (Welfe) erklären, daß sie mit ihren Freunden geschlossen für den Antrag Fuchs stimmen werden. Singer (SD.) erklärt, daß die Sozialdemokraten dagegen stimmen werden.

Paragraph 47 Absatz 1 und 2 wird angenommen. Ueber den Antrag Fuchs-Schwarze wird nunmehr namentlich abgestimmt. Der Antrag wird mit 200 gegen 39 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten nur die beiden freisinnigen Parteien sowie die Sozialdemokraten. Der Antrag lautet: Der Terminhandel mit Getreide und Mühlenfabrikaten ist untersagt.

Die §§ 49-72 werden debattelos in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso nach Debatte, an der sich Camp, Benzmann und Hajn beteiligten, der Rest des Gesetzes. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.

Schluß nach fünfzehn Uhr.

Berlin, 2. Mai.

82. Sitzung.

Am Bundesrathstische: v. Bötticher, Graf v. Posadowsky.

Präsident von Buol eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation des Abg. Meyer-Danzig (N.).

„Beabsichtigen die verbündeten Regierungen demnächst mit der Konvertirung der 4- und 3 1/2-prozentigen Reichsanleihen in 3-prozentige vorzugehen?“

Reichschatzsekretär Graf v. Posadowsky erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort Meyer-Danzig (N.): Wir haben eine Konversion schon vor einem Jahre für notwendig erklärt, die Regierung wollte damals in Erwägungen eintreten, seitdem ist aber so lange Zeit verlossen, daß wir uns zu einer erneuten Anfrage entschlossen haben. Es ist anzunehmen, daß sich für die Konversion eine Mehrheit finden wird, wenn der niedrige Kursstand stabil wird. Die zweideutige Haltung der Regierung kostet der Landwirtschaft schon Millionen, um weitere Verluste zu vermeiden, muß die Regierung klar Stellung nehmen. Die Landwirtschaft stellt mit Recht das Verlangen nach billigstem Zinsfuß. Es ist ein allgemein feststehendes Gesetz, daß bei steigender Kultur der Zinsfuß sinke. Wir halten die Konversion ohne Schwierigkeiten ausführbar, auch ohne die Hilfe der Börse. Wir können den jetzigen Besitzern der Papiere den Genuß des jetzigen Zinsfußes noch auf etwa 5 Jahre eintäumen, wenn sie sich verpflichten, die Papiere zu behalten. In England ist die Konversion auch so bewerkstelligt worden. Die Regierung möge klar ihre Stellung präzisieren. Es entspricht nicht

ihrer Würde, wenn sie diese Interpellation mit einer Zurückweisung von Pontius zu Pilatus beantworten wollte. Die Regierung muß keine Vorstellung von der großen Noth der Landwirtschaft haben, wenn sie sich zur Frage der Konversion noch nicht schlüssig machen kann.

Reichschatzsekretär Graf Posadowsky: Ich muß betonen, daß wir die Frage des Vorredners erst beantworten können, wenn ein endgültiger Beschluß der Einzelregierungen vorliegt. Wir dürfen bei dieser Frage nicht vergessen, daß für eine ganze Reihe von Anlagen die Verpflichtung besteht, sie in Staatspapieren oder in gleichwerthigen Papieren öffentlicher Verbände unterzubringen. Die Konversion muß einem Sinken des Zinsfußes folgen, sie darf ihm nicht vorangehen, sonst nützt sie zwar den Schuldnern im Allgemeinen, schädigt aber die Staatsgläubiger. Das arbeitslos umherlungende Kapital ist die Ursache des sinkenden Zinsfußes. Bei der Stellung, die der Staat seinen Gläubigern gegenüber hat, darf er nicht die Gelegenheit am Schopfe fassen, nun zu konvertiren. Er darf dies nur thun, wenn er überzeugt ist, daß nicht plötzlich eintretende Konjunkturen den Zinsfuß wieder in die Höhe treiben. Die nächste Frage der Konversion wäre, daß unser gutes deutsches Geld in's Ausland ginge und in Papieren von zweifelhaftem Werthe angelegt würde. Ich kann dem Reichstag die positive Erklärung abgeben, daß der Reichskanzler unter keinen Umständen eine Konvertirungsvorlage dem Bundesrath übergeben wird, ehe er die Ueberzeugung erlangt hat, daß die hauptsächlichsten Einzelstaaten in dieser Frage mit ihm einig sind und ich kann ferner erklären, daß eine solche Vorlage in dieser Session nicht erscheinen wird.

Mintelen (Z.) (Auf der Tribüne schwer verständlich): Es ist ein Brocken, der der Landwirtschaft mit der Konvertirung zugeworfen wird. Aber es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die Verschuldungsgrenze der Landwirtschaft so lange in die Höhe getrieben wird, bis die Landwirthe dasselbe Quantum an Zinsen zu zahlen haben werden als jetzt bei höherem Zinsfuß. Die Zinszahlung würde sich durch die Konversion um 5 Millionen Mark vermindern, das macht auf den Kopf der Bevölkerung etwa 10 Pf. Bei den Zuckerpriämien aber (nach rechts) nehmen Sie gar keinen Anstand, einen weit höheren Betrag pro Kopf der Bevölkerung zu erheben. Durch die Konversion werden die Kapitalien entwerthet; helfen Sie bei dieser Maßregel, so helfen Sie (nach rechts) den Herren Sozialdemokraten ihre Geschäfte besorgen. Sie verbreiten mit dieser Maßregel Noth und Elend, und zwar in den Kreisen Derer, die erwerbslos sind. (Unruhe rechts.) Ich halte es selbst in einer Reihe von Jahren für ausgeschlossen, zu einer Konversion überzugehen.

Graf Stolberg (N.): Ich spreche nur im Namen eines Theiles meiner Freunde. Im Vordergrund aller wirtschaftlichen Fragen steht die Noth der Landwirtschaft. Da die Regierung von den großen Mitteln nichts wissen will, empfiehlt sich ein System kleiner Mittel. Diese müssen bezwecken, die landwirtschaftliche Produktion verbilligen und die Preisbildung zu regeln. Das letzte hat uns gestern beschäftigt. Die Produktion wird hauptsächlich verbilligt durch Verbilligung des Kredits der landwirtschaftlichen Realreditanstalten. Diese Anstalten können den Zins nicht verbilligen, wenn das Reich nicht vorangeht. Das Kapital erwartet die Konvertirung, das geht aus dem Kursstand hervor. Warten Sie noch lange mit der Konvertirung, so hat die Landwirtschaft gar keinen Vortheil mehr davon. Der Staatssekretär scheint für die an der Konversion Interessirten die Kapitalisten zu halten. Die waren Interessenten aber sind die Steuerzahler, die wirtschaftlich Schwachen. Geht die Regierung nicht von selbst vor, so müssen wir diese Frage ihr immer wieder in mahnender Erinnerung bringen.

Dr. Friebberg (N.): Der Satz des Herrn Meyer, daß mit steigender Kultur der Zinsfuß sinke, läßt sich mit voller Schärfe wohl nicht anstreifen. Sicher ist, daß wir uns jetzt in einer Periode niedrigen Zinsfußes befinden. Immerhin muß abgewartet werden, ob dieser niedrige Zinsfuß auch stabil bleibt. Graf Stolberg hat sich entschieden gegen die Konversion auf dreieinhalb Prozent ausgesprochen, er sagte, nur die Wölfe würde davon Vortheil haben. Ich bin genau gegentheiliger Meinung. Ich meine, die Konversion muß ohne Hilfe der Börse vorgenommen werden, durch eine einfache Abstempelung der einzelnen Stücke. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß die Volkvertretung in einer so bedeutsamen finanziellen Frage nicht die Initiative ergreifen soll. Deshalb begrüße ich auch die Thatfache, daß hier nur eine Interpellation, nicht ein Antrag eingebracht worden ist. Noch besser als hier, wäre die Interpellation im preussischen Abgeordnetenhaus am Plage. Vielleicht wird sie dort wiederholt.

Bebel (SD): Ich glaube nicht, daß die Zumuthung des Abg. Mintelen an die Rechte, von der Konvertirung abzusehen, weil die Sozialdemokratie auch für die Konversion ist, viel Eindruck bei den Herren da drüben machen wird. Es fragt sich einfach, ist die Zeit für die Konvertirung schon gekommen. Herr Delbrück, der wahrhaftig nicht zu uns gehört, ist für die Konversion schon vor vielen Jahren eingetreten und wenn er heute an Stelle des Herrn Grafen Posadowsky stände, so bin ich überzeugt, wir würden die ganzen Debatten hier gar nicht notwendig haben. Ich meine, wenn die Regierung will, dann kann die Konvertirung ausgeführt werden. Wer hat denn den Hauptnutzen von der Konversion? Doch das Gros der Steuerzahler. Die Folgen werden sich aber bald günstig bemerkbar machen. Bei billigerem Zinsfuß erspart die Staatskasse 36 Millionen. Die Gefahr neuer Steuern wird dadurch wesentlich vermindert. Die Verbesserung im Schul- und Justizwesen, die Aufbesserung der Gehälter in Preußen, Alles Fragen, die aus finanziellen Rücksichten bisher zurückgestellt werden mußten, werden dann ihrer Lösung entgegengehen. Herr Mintelen appellirte zuzulagen an unser Mitleid; thranenden Auges wies er auf die armen Wittwen und Waisen hin. Er übersteht über diesen Begleitertheinungen die großen leitenden Gesichtspunkte. Alle Staaten Europas, mit Ausnahme derjenigen, deren Kredit sehr erschüttert ist, haben ihre Schuldverschreibungen konvertirt, haben Zinsermäßigungen durchgesetzt. Sogar Rußland, dessen Kreditverhältnisse doch weniger günstig als die des Deutschen Reiches liegen, hat es vermocht, im Jahre 1894/95 16 000 Millionen vier-

prozentiger Staatspapiere in dreieinhalbprozentige zu konvertiren. Sie stehen jetzt 98 1/2, also beinahe an der Grenze der deutschen Staatspapiere. Die russische vierprozentige Anleihe steht heute auf 101, ein Zeichen, daß auch diese Papiere bald auf dreieinhalb Prozent herabgesetzt werden. Es wäre eigentlich Pflicht der Vertreter der Reichsregierung schon um des Ansehens des Reiches willen, die deutschen Kreditverhältnisse nicht ungünstiger hinzustellen, als sie thatsächlich sind. Sehe man sich doch die englischen Verhältnisse an. In England weiß man in Gelbfagen so gut Bescheid wie im deutschen Reichsschatzamt, und in England hat man es längst als gültiges Gesetz erkannt, daß in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft in dem Maße, wie die Konzentration des Kapitals zunimmt, auch ein Kapitalüberschuß stetig vorhanden ist und den Zinsfuß drückt. Clemens Weisk hat in einem Buche, das von der Universität Tübingen mit dem goldenen Preise geehrt worden ist, den Beweis für die Zunahme der Kapitalkonzentration auch in Deutschland glänzend erbracht. Der preussische Staat, der auch eine gute Finanzverwaltung besitzt, hat seine Schuldverschreibungen aus dem Jahre 1873 sämmtlich geläubigt. Er geht mit der Konvertirung ganz ruhig vor. Nur Preußen, das Reichsschatzamt und Bayern sträuben sich dagegen. Im bairischen Landtage ist es ganz offen ausgesprochen worden, daß man die Konversion im Interesse der frommen kirchlichen Stiftungen nicht will. Dieses Interesse fällt aber doch mit dem der Allgemeinheit nicht zusammen. Schweden, Dänemark, Holland haben ihre Papiere bereits auf 3 Prozent herabgesetzt. Ich bin überzeugt, auch die preussischen 3prozentigen Papiere würden bald über pari stehen. Es ist wirklich ein starkes Stück, daß man einem Druck nicht nachgeben will, der durch die Entwicklung selbst gegeben ist. Der Herr Schatzsekretär sprach von dem arbeitslos umherlungenden Kapital, das sehr leicht wieder einmal gebraucht werden könnte. Ich aber sage, dieses arbeitslos umherlungende Kapital ist heute stetig vorhanden. Bleiben wir in Europa in der ruhigen Entwicklung der letzten 15 bis 20 Jahre dann wird sich kein unverhältnismäßiges Bedürfnis nach großen Staatsanleihen geltend machen. Mit einem Kriege können wir doch nicht rechnen und nur in einem solchen Falle würde ein unverhältnismäßiges Geldbedürfnis eintreten. Die Zeit der großen kapitalistischen Unternehmungen, ich meine die Zeit der großen Eisenbahnbauten, ist doch auch nahezu vorüber. Das Geldbedürfnis wird sich um so mehr in normalen Grenzen halten und die Konzentration des Kapitals stetig zunehmen. Es giebt also für die ablehnende Haltung der Regierung keinen anderen triftigen Grund als die Thatfache, daß ein großer Theil der deutschen Fürstenthümer ihr Geld in 3 1/2- und 4prozentigen deutschen Staatspapieren angelegt hat und nun die Zinsdifferenz nicht einbüßen will. Ihr Interesse wird über das der Allgemeinheit gestellt. Wenn die Landwirtschaft billiges Geld bekommt, so haben wir dagegen so wenig einzuzahlen, wie wenn Gewerbe und Industrie billig Geld erhalten. Maßgebend ist für uns allein das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere das der Arbeiterklasse. Deshalb treten wir mit aller Entschiedenheit für die Konvertirung ein. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Barth (ZP.): Da unsere Behauptungen von früher, der billige Zinsfuß werde bleiben, sich erfüllt haben, so liegt kein Grund vor, die Konversion zu verzögern. Jeder giebt zu, daß für die Steuerzahler sehr viel dabei herauskommt. Es wäre eine Liebesgabe, die Staatsgläubigern aus den Taschen der Steuerzahler bewilligt würde, wenn wir die Konversion nicht durchführten. Die Steuerzahler sind wirtschaftlich schwächer als die Staatsgläubiger. Das trifft namentlich in Deutschland zu, wo die meisten Steuern indirekte Steuern sind. Frankreich, Belgien und andere Staaten haben konvertirt, sobald sie es vermochten. Nur eine Frage liegt noch vor uns: Könnte das zur Konversion gebrachte Kapital durch die Konversion etwa veranlaßt werden, Deutschland zu verlassen? Das ist aber weder bei den anderen Ländern geschehen, noch liegt es in der Natur der Sache. Wer heute sein Geld in Reichsanleihe anlegt, ist reiner Spekulant darauf, daß die Konversion noch eine Reihe von Jahren auf sich warten läßt. Ich bin also entschiedener Anhänger der Konversion. Sollte aber das dadurch ersparte Geld etwa auf agrarische Spielereien usw. verwendet werden, so bin ich lieber Vertheidiger der Staatsgläubiger. Sollen aber die Steuerzahler durch die Ersparnisse wirklich entlastet werden, so trete ich für die Konversion ein. Ich wünsche also, daß die Regierung angiebt, wozu sie die Ersparnisse verwenden würde.

Camp (N.) tadelt die Willkür des Abg. Barth tritt aber sonst energisch dafür ein, daß der Zeitpunkt für eine Konversion gegeben sei.

Reichschatzsekretär v. Posadowsky: Der Abgeordnete Bebel hat den Verdacht ausgesprochen, daß andere als sachliche Motive die Haltung der verbündeten Regierungen zu der Konversion bestimmten. Er hat gemeint, es sei doch wohl wahr, was ergrüht würde, daß deutsche Fürsten Geld in Reichsanleihe angelegt hätten und daß dies die Konversion hindere. Ich kann versichern, daß kein deutscher Fürst versucht hat, unsere Haltung in dieser Frage zu beeinflussen. Ich bedauere, daß der Abg. Bebel dies Motiv in die höchst sachliche Debatte gebracht hat. Dem Abg. Barth kann ich versichern, daß uns seine Frage nach einer Verwendung der eventuellen Ersparnisse noch nicht im geringsten Kopfschmerzen verursacht hat.

Graf v. Arnim (Antif.) führt aus, daß in Sachsen das Kapital nach einer Konversion sich vielfach auf exotische Werthe geworfen habe. Die Konvertirung würde proletarisirend wirken. Daher könnten seine Freunde in ihrer Mehrheit für eine Konvertirung nicht eintreten. Hänge das Wohl und Wehe der Landwirtschaft davon ab, ob sie 3 oder 4 Prozent Zinsen zahle, so sei sie einfach nicht lebensfähig.

Dr. Schädlcr (Z.): Ich habe mich zum Wort gemeldet, damit sich nicht die Anschauung festsetze, als ob Kollege Mintelen im Namen aller meiner politischen Freunde gesprochen habe. Ein großer Theil meiner politischen Freunde hält die Konvertirung für berechtigt, weil ein Zinsfuß von 4 Pct. als überwunden erscheint. Einverstanden sind wir nur mit der Vorsicht, die Kollege Mintelen empfohlen hat. Der Herr Reichschatzsekretär verweist uns an die Landtage. Die Landtage verweisen uns an das Reich. Wo sollen

Wir uns denn nun zuwenden? Warum dauert es so lange, bis es zu einem gemeinschaftlichen Vorgehen der Einzelregierungen kommt? Dem Abgeordneten Weber erwiderte ich, daß im bayerischen Landtage sich ein sehr fruchtbares Gespräch abgehalten hat, das die Gefahr ist, daß die Reichlichen Einnahmen abnehmen, daß eine Konversion ausgeprochen hat. Die Mehrheit des Landtages hat sich auch für die Konversion der 4-prozentigen Papiere ausgesprochen. Ich glaube übrigens nicht, daß es Sparrer gewesen sind, die damals die Anleihe geschlossen haben. Die Sparrer haben ihr Geld zum Teil in den Sparbanken. Ich sehe auch nicht ein, warum der Staat sein Interesse, das doch das Interesse der gesamten Steuerzahler ist, weniger wahren soll, als Private. Selbstverständlich darf das gewonnene Geld nicht für neue Bataillone verwendet werden. Es brauchen nicht gleich alle Papiere konvertiert werden; die Regierung kann mit großer Vorsicht vorgehen, aber ich spreche die Hoffnung aus, daß die Regierung recht bald mit der Konvertierung den Anfang macht und ich fürchte dabei gar nicht, ein kleineres Betz zu haben.

Fehr. v. Langen (R.) spricht sich im Namen des anderen Theils der deutschkonservativen Partei gegen eine Konvertierung im gegenwärtigen Zeitpunkt aus. In der Reichsanleihe sind die Kapitalien des Mittelstandes, der Kirchen, Stiftungen u. s. w. untergebracht. Es ist fraglich, ob der private Einfluß der Konversion folgen, sinken wird. Verschuldeter Grundbesitz wird stets einen höheren, einen Anstößigen zahlen müssen. Zahlen die Sparkassen nach der Konversion niedrigere Zinsen, so wird auch der Zins zum Sparen in unserem Volke abnehmen. Die Leute, die mit den herabgesetzten Zinsen nicht auskommen, werden ihr Geld in überseeischen Papieren anlegen. Auf diese Weise würde ein großer Theil des Nationalwohlstandes verloren gehen.

Galler (Südb. Wp.) tritt Namens seiner politischen Freunde für die Konversion ein. Es wird gut sein, wenn das Reich damit den Anfang macht. Die Zinszahlung über das Niveau des Zinsfußes hinaus ist doch immerhin eine Prämie an die Wohlhabenden.

Bailli (Wp.) konstatiert, daß der größere Theil seiner politischen Freunde nicht auf dem Standpunkt des Abg. Camp stehe, sondern etwa auf dem des Freiherrn v. Langen. Sie wollten den verbündeten Regierungen freie Hand in der Konversionsfrage lassen.

Mejer-Danzig tritt noch einmal für die Konvertierung ein, die die Regierung schon allein im Interesse der Landwirtschaft vornehmen müsse. Hätte die Regierung die landwirtschaftlichen Interessen richtiger gewürdigt, so gäbe es heute keinen Bund der Landwirtschaft und keine Agitation. Er hofft, daß spätestens im Herbst die Vorlage, betreffend die Konvertierung, eingebracht werden wird.

Damit ist die Diskussion erschöpft. Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. Tagesordnung: Interpellation, betreffend den Fall Bueb. Abgabentarif für den Nordostkanal. Zweite Beratung des Margarinegesetzes.

Schluß 5 1/4 Uhr.

Politische Rundschau. Deutschland.

In der am Donnerstag abgehaltenen Sitzung des Bundesrathes wurden der Gesetzentwurf wegen Abänderung des Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres vom 3. August 1893, der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Wehrpflicht in den Schutzgebieten, sowie der Gesetzentwurf wegen Abänderung des Gesetzes über die kaiserliche Schutztruppe für Ostafrika vom 22. März 1891 und des Gesetzes über die kaiserlichen Schutztruppen für Südwestafrika und Kamerun vom 9. Juni 1895, den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Der Vorlage, betreffend die zollamtliche Prüfung der Mühlenfabrikate, und der Vorlage, betreffend die Auslegung des § 58 des Krankenversicherungsgesetzes, wurde die Zustimmung erteilt.

Keingefallen ist Herr von Blöb, der Agrarierhauptling und Gegner der Börse, der an der Börse sehr schlecht abgeschnitten haben muß. Als der Abg. Singer ihm seine Spekulationsgeschäfte vorhielt, da tobte und brüllte die Rechte in bekannter an das häuerliche Leben erinnernder Manier, so daß der Name des betreffenden Bankhauses nicht gehört wurde. Nach dem „Berliner Börsen-Kur.“ hat Abg. Singer sich für die Wahrheit seiner Behauptungen auf das Bankgeschäft von Jean Fränkel bezogen. Seit mehreren Jahren habe letzteres, so schreibt der „Berliner Börsen-Kur.“, jede Verbindung mit Herrn von Blöb gelöst.

Die Reichstags-Kommission zur Vorberatung des Antrags auf Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts war nochmals zusammengetreten. Das Zentrum stellte den Antrag, noch eine dritte Lesung vorzunehmen, blieb jedoch mit diesem Vorschlage in der Minderheit. Schließlich wurde der Entwurf in der Gesamtabstimmung gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen.

Durch eine Verfügung des Reichskanzlers vom 22. April ist die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit und der Disziplinargewalt gegenüber den Eingeborenen in den deutschen Schutzgebieten in Ostafrika, Kamerun und Togo im Anschluß an die Verfügung vom 26. Februar endgültig geregelt. Zu den zulässigen Strafen gehört auch körperliche Züchtigung (Prügelstrafe und Ruthestrafe.) Dieselbe ist aber ausgeschlossen gegen weibliche Personen und gegen Araber und Indier. Bei männlichen Personen unter 16 Jahren ist nur Ruthestrafe anwendbar. Das Züchtigungsinstrument bei Prügelstrafe bestimmt der Gouverneur. Zulässig sind höchstens 25 Schläge bei der Prügelstrafe und 20 Schläge bei der Ruthestrafe. Zweimaliger Vollzug ist zulässig, aber mit einer Frist von mindestens 2 Wochen. Vor Beginn der Züchtigung ist der körperliche Zustand des zu Bestrafenden zu untersuchen, der Arzt hat event. die Züchtigung zu untersagen oder einzuhalten. Der Züchtigung soll ein besonderer europäischer Beamter und, wenn vorhanden, ein Arzt beizubringen. Wenn auf Todesstrafe erkannt ist, hängt die Vollziehung derselben von der Entscheidung des Gouverneurs (Landeshauptmanns) ab. Auch über das summarische Verfahren auf den im Innern belegenen Stationen oder bei dortigen Expeditionen im Falle eines Aufstuhes, eines Ueberfalls oder in einem sonstigen Nothstande oder bei Erklärung des Kriegszu-

stuhes sind besondere Bestimmungen getroffen. Bei diesen Verfahren sollen mindestens zwei Beisitzer mitwirken und auch das Protokoll über die Verhandlungen mit dem Urtheil heißt. Gründe nachträglich dem Gouverneur mit Bericht eingereicht werden. Der Wiederholung von ähnlichen Skandalen, wie sie unter Deist, Wehlah und Dr. Peters stattgefunden haben, soll damit für die Zukunft vorgebeugt werden.

Der Seniorenkongress des Reichstages trat Freitag nach der Plenarsitzung zusammen. Wie vom Präsidenten von Duol mitgetheilt wurde, liegt zwar seitens der Regierung eine bestimmte Aeußerung darüber noch nicht vor, ob der Schluß, beziehungsweise eine Vertagung der Session vor Pfingsten in Aussicht genommen ist. Doch wird angenommen, daß der Reichstag nur noch bis Donnerstag oder Freitag vor Pfingsten zusammen bleibt und daß er etwa am 22. Mai bis zum Herbst vertagt wird. Demgemäß würde der Arbeitsplan für die nächsten Wochen dahin festgesetzt, daß nach Erledigung der beiden Interpellationen nach einander das Margarine- und das Zuckersteuer-Gesetz zur zweiten Lesung gelangen. Daran schließen sich dann die dritten Beratungen der noch zu erledigenden Gesetzentwürfe in der Reihenfolge, wie sie die zweite Lesung passiert haben. Dazwischen würden dann die noch ausstehenden kleineren Vorlagen und die dem Bundesrath zugegangenen Entwürfe über die Wehrpflicht in den Schutzgebieten und über die kaiserlichen Schutztruppen erledigt werden. Ueber den Wunsch der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch, vor Pfingsten noch zwei volle Tage für sich zu erhalten, konnte bei diesen Dispositionen noch keine Entscheidung getroffen werden. Wenn die nöthige Zeit dem Plenum frei bleibt, soll es geschehen. Falls der Reichstag zu Pfingsten vertagt wird, soll die Kommission einige Wochen vor dem Beginn der Plenarsitzungen ihre Arbeiten wieder aufnehmen. Ebenso würde dann die zweite Lesung der Justiz-Novelle bis zum Herbst verschoben werden. — Der Bericht über die Beratungen des Zuckersteuergesetzes soll bis Dienstag fertig gestellt werden und dann sofort zur Vertheilung gelangen.

Hammerstein-Briefe. Die „Mil.-Pol. Korr.“ bringt folgende ziemlich dunkle Meldung: Fehr. v. Hammerstein oder dessen Gemahlin befand sich bis in den Monat März d. J. noch im Besitz von Briefen insbesondere zweier Personen, die einen nicht unbedeutenden zeitgeschichtlichen Werth haben. Durch Vermittelung des Komitees der „Kreuz-Zeitung“ sind diese Briefe an ihre Schreiber zurückgelangt. — Den „beiden Personen“ ist wahrscheinlich hange geworden vor einer Enthüllung ihrer „zeitgeschichtlichen“ Thätigkeit.

In Sachen Hillert und Genossen (Entwendung des kaiserlichen „Gnaden-Erlasses“ aus der Druckerei von Mittler u. Sohn) findet am 21. Mai, Vormittags 9 Uhr, Termin in der Berufungsinstanz vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin statt.

In dem bekannten „Unzucht“-Prozess gegen den Genossen Kunter — Abdruck einer Kuppelanzeige nebst daran angegeschlossener Abwehr dieses unzüchtigen Inserats — hat nach einer Mittheilung des „Vorwärts“ der Staatsanwalt gegen das freisprechende Erkenntniß Revision angemeldet.

Für den internationalen Bergarbeiter-Kongress in Aachen werden, wie die „Rheinische Zeitung“ berichtet, von den deutschen Vertretern folgende Anträge vorbereitet: A. Achtstundentag und Frauenarbeit. 1. Die gesetzliche Achtstundenschicht, Ein- und Ausfahrt einbegriffen, für Bergarbeiter in und auf der Grube. 2. Verbot jeder Ueberarbeit, die mittelbar oder unmittelbar auf Vermehrung der Produktion gerichtet ist. 3. Verbot der Frauenarbeit in und auf der Grube, weil die Gefahren der Grubenarbeit zu groß und die Arbeiten in und auf der Grube zu schwer sind für den weiblichen Organismus, sowie aus sittlichen Gründen. B. Sicherheits-Maßregeln. Jede Grube ist von einem staatlichen Inspektor alle Vierteljahre, jede Schlagwetter-Grube alle Monate auf jedem Betriebspunkt zu inspizieren. Für eine stetige Kontrolle sind Kontrollbeamten aus den Reihen der Arbeiter, und von diesen gewählt, zu bestellen und vom Staate zu besolden. Auf jeder Schlagwetter-Grube ist ein besonderer Beamte ausschließlich für die Bewetterung von den Besitzern anzustellen. Diese Beamten und die Kontrolleure sind dem staatlichen Inspektor zu unterstellen. Jede Schlagwetter-Explosion verantwortet der Wetterbeamte, jeden anderen Unfall die Beamten der Beche. Für die nicht oder ungenügend verantworteten Fälle haftet der Bergwerks-Besitzer nach Maßgabe des von den Verunglückten verdienten Lohnes. C. Unterstützungsweisen. Die Kosten zur Versorgung der Invaliden, Kranken und Verunglückten werden von den Bergarbeitern allein verwaltet. Die Oberaufsicht führt die Bergbehörde zur staatlichen Garantie der Rassenleistungen. D. Internationaler Normallohn. Derselbe beträgt pro achtstündige Schicht in Deutschland für Hauer 5 Mk. Der Kongress findet alle zwei Jahre statt. Zum nächsten Kongress sind versuchsweise Einladungen zu richten an die amerikanischen und russischen Bergleute.

Ein Branderzwist ist zwischen den süddeutschen Volksparteilern und den bayerischen Freisinnigen um die Wahl in Ansbach-Schwabach ausgebrochen. Die freisinnige Partei hat es abgelehnt, für die Kandidatur des deutsch-volksparteilichen Kandidaten Dr. Conrad-München zu agitieren. Als Grund für diese Haltung wird von freisinniger Seite parteioffiziös angegeben, es geschehe dies deshalb, weil die Volkspartei es abgelehnt habe, den Freisinnigen für die etwaige Unterstützung der volksparteilichen Kandidatur in Ansbach-

Schwabach die Unterstützung zu ertheilen, bei der nächsten Reichstagswahl in Fürth-Erlangen dem auch von der Sozialdemokratie angegriffenen freisinnigen Abg. Weiser einen volksparteilichen Gegenkandidaten nicht gegenüber zu stellen. — Auf die so oft proklamirte Gesinnungsverwandtschaft und Freundschaft der beiden Parteien wirft dieses Verhalten ein nicht gerade schönes Licht. Der „Freund“ unterstützt nur den „Freund“, wenn er selbst ein Geschäft dabei machen kann.

Reichstags-Ersatzwahl. In der Versammlung der Vertrauensmänner des bayerischen Bauernbundes wurde einstimmig als Reichstagskandidat für die Ersatzwahl an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Reindl (Zentrum) der Malzfabrikant Zimmermann aus Weiskirchen aufgestellt.

Die für die gesammte Presse wichtige Frage, ob ein Redakteur verpflichtet ist, bei Aufnahme eines Versammlungsinserats sich darüber zu vergewissern, ob die betreffende Versammlung auch die polizeiliche Genehmigung erhalten, beschäftigte am Mittwoch die Potsdamer Strafkammer in der Sache gegen den Maler Bach aus Lindenwalde und den Redakteur Eugen Wolfgang von der „Brandenburger Zeitung“. Der Gerichtshof erkannte, wie aus Potsdam geschrieben wird, auf Freisprechung der Angeklagten, wobei er die prinzipielle Bedeutung der Entscheidung hervorhob. Daß das Volksfest in einem Gartenlokal, um das es sich in dem Inserate handelte, eine Versammlung unter freiem Himmel gewesen, sei zu vernennen, da dasselbe in einem umschlossenen Garten stattgefunden und die Gefahr, daß ungezählte Menschenmassen hinzukommen konnten, nicht vorhanden gewesen. (Siehe Thielow's Kommentare zum Vereinsgesetz). Dadurch fiel aber eine Genehmigung durch die Polizeibehörde fort. Ob überhaupt der Begriff einer Versammlung vorhanden, sei zweifelhaft, denn wenn auch das Wort sozialdemokratisch in dem Inserat stehe, so habe es sich doch nur um eine Belustigung gehandelt. Auch eine Aufforderung sei in dem Inserat nicht zu finden. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt. — Dieses Urtheil ist im Interesse der Presse mit Genugthuung zu begrüßen.

England.

Glänzend hat sich das System bewährt, die Funktionen des Fabrikinspektors auch Frauen zu übertragen. Beide Parteien haben sich das gestehen müssen. So verkündet die „Vossische Zeitung“ und theilt hierbei ein äußeres Zeichen dafür mit, daß dem so ist. Der Minister des Innern, Sir Mathew White Ridley, hat die bisherige Fabrik-Inspektorin Fräulein Mary Abraham zur Superintendentin, d. h. zur Ober-Inspektorin erhoben. Die genannte Dame ist die Tochter des Parlaments-Abgeordneten Abraham, unseres Wissens des Führers der Bergarbeiter von Südwales, der dem internationalen Bergarbeiterkongress in Berlin beiwohnte. — Demnach stimmen die Erfahrungen der englischen Behörden absolut nicht mit den Mittheilungen der preussischen Geheimräthe überein, auf die Herr v. Berlepsch sein abfälliges Urtheil im Reichstage über die Fabrikinspektion durch Frauen gründete.

Lübeck und Nachbargebiete.

2. Mai.

In der Fassfabrik von Holtz u. Fricke Moislinger Allee 70, wurden heute Morgen wegen Entlassung der 1. Bevollmächtigten der hiesigen Zahlstelle des Böttcher-Verbandes sämtliche in der Fabrik beschäftigten Arbeiter 14 Personen, ausständig. Die Differenzen sind aus Anlaß der Maifeier entstanden. Zutritt ist streng fernzuhalten!

An unsere werthen Leser! Infolge der Maifeier und des Andrangs von Annoncen für die Sonntagsnummer bringen wir heute die Berichte von den Reichstagsdebatten der letzten drei Tage in voriger Woche. Unsere Leser mögen daher zuerst den Bericht in der Beilage lesen und dann denjenigen im Hauptblatte. Wir sind gezwungen soviel auf einmal zu bringen, um sowohl wieder ins rechte Geleis zu kommen als auch um die Berichte des Gewerkschaftskongresses, der bekanntlich heute beginnt, nicht veralten zu lassen. Unsere Leser mögen das berücksichtigen.

Wegen der Unzuverlässigkeit der bürgerlichen Presse bei Berichten über die Maifeier werden wir erst Morgen Näheres über den Verlauf der Maifeiern an anderen Orten Deutschlands und im Auslande bringen. Wir möchten nicht gern morgen widerrufen, was wir heute behauptet haben.

Eine Aergernisssache macht in den „Süb. Anz.“ ihren gepreßten Herzen Luft. Wir finden in der Sonntagnummer des Amtsblattes nämlich folgendes „Eingefandenes“ eines „treuen Abonnenten“:

Am 1. Mai feierten die Sozialdemokraten. Einsender dieses, der gerne Jedem ein Vergnügen gönnt, findet es aber geradezu empörend, daß Arbeiter, von denen der größte Theil den Winter über fast wenig oder gar keinen Verdienst gehabt hat, ja vielfach wohl gar von der Armenanstalt oder sonstigen Wohlthätigkeitsvereinen Unterstützung erhalten haben und noch erhalten, jetzt, wo ihm eben erst neuer Verdienst geboten wird, nicht allein seinen Tagelohn im Stiche lassen, sondern möglicherweise noch für längere Zeit arbeitslos bleibt, nur um seinem Vergnügen nachzugehen, eventuell um sich vor seinen Gesinnungsgenossen nicht bloßstellen zu wollen, oder vielmehr, um seine Arbeit

geber zu Chikanieren. Wäre es da nicht am Platze, daß die Armenanstalt eben jene Arbeiter, wenn dieselben während der nächsten Monate um Unterstützung einkämen, an die Beute wiese, die eben die Arbeiter zu solch leichtsinniger Handlungsweise aufgefordert haben? Vielleicht brächte das die Leichtsinnigen zur Besinnung. Die Sozialdemokraten klagen über „Maßregelungen“ und maßregeln sich schließlich untereinander am meisten.“

Es können es nur ganz wenig — wenn überhaupt welche — gewesen sein, die hier benutzirt werden, im hinter Armenunterstützung empfangen und am 1. Mai feiern zu haben; denn so leicht bettelt ein Sozialdemokrat die Armenanstalt nicht an, weil er nur zu gut weiß, daß er dann sein Wahlrecht verliert. Was der treue Abonnent“ sonst noch kocht und schwafelt, ist zum umm und zu abgedroschen, als daß es einer Erwiderung bedürfte. Wie muß sich dieser Mann über den imposanten Verlauf der Maifeier geärgert haben.

Die „Eisenbahn-Zeitung“ hängt sich den Wunderputel um, weil im Kaffeehause von Wendt in Israelsdorf so gut wie nichts zu thun war“. Das ist doch so einfach erklärlich wie nur etwas: Wendt wünscht ja selbst den Besuch der Lübecker Arbeiterbevölkerung nicht. Mag deshalb auch andern Gästen aufwarten!

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet bereits wieder am Montag, den 11. Mai, Vormittags 10 Uhr, statt.

Die Inhaber der Thiel'schen Fabrik hatten sich am 1. Mai einen großen Wären aufbinden lassen. Es waren nämlich eingeklären worden, Mittags würden etwa 1000 Feiernde aus Lübeck kommen, um die Thiel'schen Arbeiter zu bewegen, ebenfalls die Arbeit ruhen zu lassen. Die Fabrikanten fielen auch auf diesen „Witz“ hinein und hatten nichts Eiligeres zu thun, als polizeiliche Hilfe zu requirieren. Wenigstens bemerkte man zur Mittagsstunde in der Nähe der Fabrik zwei behelmte Säupter, deren Benehmen sehr auffällig war. Natürlich ist es Niemandem eingefallen, nach der Thiel'schen Fabrik zu gehen, deren Arbeiter sind sowieso gestraft genug. Die Lübecker Arbeiterschaft weiß, was sie von dem Groß der Thiel'schen Arbeiter, die der Maifeier ferngeblieben sind, in Zukunft zu halten hat. Und das genügt.

Unser Artikel über die Zustände in der Klempnerei der Thiel'schen Fabrik hat gezogen. Am Donnerstag ist erst unser Artikel erschienen und bis Sonnabend Mittag waren schon 3 Luftklappen beim Lüthofen umgebracht. Für die „Arbeiterfreunde“ Thiel ist es eigentlich geradezu beschämend, daß sie immer erst eines klüffels bedürfen, bevor sie Schutz- oder andere sanitäre Maßregeln treffen.

Die Aussperrung der Arbeiter von der Koch'schen Schiffswerft hat bereits ihr Ende erreicht. Heute Morgen konnten die am Sonnabend Ausgesperrten bereits wieder die Arbeit aufnehmen. Die Direktion mochte doch wohl das Verkehrtete ihres Thuns eingesehen haben, sie machte deshalb lieber gute Miene zum bösen Spiel und öffnete den Ausgesperrten wieder die Thore. Zwischen der Aussperrung und der Wiederaufnahme der Arbeit liegen folgende Ereignisse: Als die Aussperrung bekannt geworden war, wurde sofort eine Versammlung anberaumt, und diese fand denn auch Sonnabend Abend 1/28 Uhr unter sehr starker Beteiligung im „Berliner Hof“ statt. Die Debatte wurde dadurch erleichtert, daß bereits ruckbar geworden war, die Direktion habe die Aussperrung bereits wieder aufgehoben. Infolgedessen sprachen sich auch sämtliche Redner für Wiederaufnahme der Arbeit am Montag aus. Folgende Resolution fand einstimme Annahme: Die heutige Versammlung der auf der Koch'schen Schiffswerft beschäftigten Arbeiter beschließt, die Arbeit unter den alten Bedingungen aufzunehmen, sobald die Direktion schriftlich erklärt hat, daß sie Niemanden wegen der Theilnahme an der Maifeier maßregeln will.“ Desgleichen fand ein Antrag einstimmige Annahme, in welchem die Werkleitung aufgefordert wird, U e b e r s t u n d e n den Arbeitern bereits einen Tag vorher bekannt zu geben. Zur Ueberreichung dieser beiden angenommenen Anträge an die Werkleitung wurde eine achtgliedrige Kommission, bestehend aus einem Vertreter jeder Arbeiterbranche, gewählt und die Versammlung alsdann geschlossen. Gestern, Sonntag, bemühte sich nun diese Kommission zum Werkdirektor. Derselbe stimmte zwar den beiden überreichten Anträgen zu, wich jedoch der Forderung, seine Antwort schriftlich zu geben, damit aus, daß er behauptete, dazu bedürfe es erst noch der Zustimmung des Verwaltungsrathes. Er, der Herr Direktor, versprach jedoch, daß Montag jeder die Arbeit wieder aufnehmen könne. Der Verwaltungsrath scheint auch nichts eingewendet zu haben, denn die Arbeiter arbeiten alle wieder. Nicht mehr liegt die Werft still. So hat denn auch diese Affäre gezeigt, daß Einigkeit und Beharrlichkeit zum Siege führen. Arbeiter merkt Euch das!

Namensänderung. Am 29. April ds. Js. hat der Senat dem hiesigen Bürger und Landwirth B. A. Abraham und seiner Schwester, der Lübeckischen Staatsangehörigen A. C. W. Abraham, ehelichen Kindern des vormalsigen Kaufmannes in Garding, jetzt hiesigen Bürgers und Privatiers F. F. Abraham von dessen Ehefrau Catharina geb. Nieve, auf Ansuchen die Genehmigung dazu erteilt, fortan den Familiennamen Abraham-Nieve zu führen.

Testamentsverlesungen. In öffentlicher Sitzung des Amtsgerichts, Abth. II, am Mittwoch werden verlesen werden: 1. das Testament des hier selbst am 22. April verstorbenen Schiffskapitans A. C. O. Stapelmann; 2. das Testament des hier selbst am 26. März 1896 verstorbenen Reichsklägers S. B. G. Mebius; 3. das Testament

des am 29. Februar 1896 verstorbenen Holzwohls B. S. F. Wiede zu Padelagge; 4. das Testament des hier selbst am 24. April 1896 verstorbenen Privatiers J. M. A. Neumann.

Von der Gemeindeversammlung in Schlutup ist das bisherige Mitglied des Gemeindevorstandes, Häuscherer J. B. M. Wade, in gleicher Eigenschaft auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren wiedergewählt worden. Die Bestätigung der Wahl durch das Stadt- und Landamt ist erfolgt.

Eine Generalversammlung des Sanitäts-Verbandes mit einer sehr reichhaltigen Tagesordnung tagte am Freitag den 24. v. M. in den Central-Hallen. Aus dem I. Theile, dem Rassenberichte für das verlossene 1. Quartal, entnehmen wir, daß die Verwaltungskasse bei einer Einnahme von M. 95,32 und einer Ausgabe von M. 82,50 ein Saldo von M. 12,82 aufweist. Die Familienversicherungskasse für ärztliche Rufe weist eine Einnahme von M. 2466,93 auf und eine Ausgabe für Ärzte Honorar von M. 2465,65. Das Vermögen der Kasse beträgt M. 720,68. Die Kasse für freie Medizin weist eine Einnahme von M. 296,47, eine Ausgabe von M. 265,59 und ein Vermögen von 1030,88 auf. Es wäre in Bezug auf letztere Kasse zu wünschen, daß die Verbandsklassen-Mitglieder mehr dieser Kasse beitreten würden, dann würde auch der monatliche Beitrag, der jetzt Manchem zu hoch erscheint, bedeutend erniedrigt werden können. An Ärzte-Honorar für die 5420 zahlungspflichtigen Rassenmitglieder wurde an den Ärzte-Verein M. 4209 gezahlt. Dem Verbands gehörten am 1. Quartal 22 freie Hülfsklassen an. Es berichtete sodann der Vorsitzende im Namen der in der letzten Generalversammlung gewählten Deputation über die Verhandlungen wegen des Allg. Krankenhauses. Er verlas das Antwortschreiben des Senates, in welchem betont wird, daß der Senat sich nicht zu einer Abänderung der erst vor drei Jahren im Einvernehmen mit der Bürgerschaft getroffenen Bestimmungen veranlaßt finden kann. Es entspann sich hierüber eine sehr erregte Debatte und wurde von einigen Rednern die Abhaltung einer Protestversammlung gefordert, um die Lübecker Bevölkerung auf die Mißstände im Allgemeinen Krankenhaus aufmerksam zu machen. Man einigte sich jedoch dahin, daß beschlossen wurde, die Sache, weil augenblicklich nutzlos, auf sich beruhen zu lassen. Bei geeigneter Zeit soll jedoch derselben wieder nähergetreten werden. Eine Ueberweisung der Gewerbegerichts-Beisitzer an den Verband, betreffend die Beantwortung der Frage: „Wie ist den Arbeitern der Eintritt in die freien Hülfsklassen zu erleichtern?“ verursachte eine längere Debatte. Als Resultat derselben ergab sich: Es ist durch Hinausschieben der Altersgrenze ev. gänzliche Aufhebung derselben, sowie durch Aufheben oder Hinderungen der Aufnahmegebühren sehr wohl möglich, Arbeitern, welche den Nachweis führen, daß sie in einem gewerblichen Betrieb Beschäftigung erhalten haben, den Eintritt zu erleichtern. Es wäre dem Verbands bedeutend leichter gewesen, über diese Frage zu berathen, wenn der oder die Anreger dieser Frage bestimmte Wünsche geäußert hätten. Die Verbandsklassen werden deshalb diese Frage in ihren Versammlungen noch zur Berathung stellen. Ferner lag eine Zusendung des hiesigen Ärzte-Vereins vor, worin ersucht wird, daß die Klassen, welche in Lübeck ihren Sitz haben, bei Neuaufnahmen sämtlichen Ärzten die Untersuchung anvertrauen möchten. Auf Antrag wurde dieser Wunsch des Ärzte-Vereins, da in der letzten Generalversammlung genügend erörtert, als vorläufig erledigt betrachtet. Im Laufe der ferneren Verhandlung, betr. Zulassung der Ärzte Dr. Binder, Dr. Weh und Dr. Kaninski wurden aus der Zeitschrift „Die Krankenkasse“ einige Artikel über Ärzte-Honorar aus Bremen und anderen Städten verlesen. Daraus ging hervor, daß wir in Lübeck ein viel zu hohes Honorar zahlen. Hierbei wurde gleichzeitig die Frage aufgeworfen, ob es nicht an der Zeit sei, auch in Lübeck Vorkehrungen zu treffen, wodurch Ersparnisse herbeigeführt werden könnten. Nach eingehender Berathung kam die Generalversammlung zu dem Resultat, daß, wenn die Rassenmitglieder und deren Familien mit Abschaffung der freien Arztwahl einverstanden seien, dieses wohl möglich sei. Es müßten alsdann Bezirksärzte angestellt werden oder mindestens die beschränkte freie Wahl eingeführt werden, wobei dann auch die Ärzte, welche dem Ärzte-Verein nicht angehören, berücksichtigt werden könnten. Da jedoch diese Frage erst einer genügenden Ventilation unter den einzelnen Verbandsklassenmitgliedern bedarf, so wurde beschlossen, daß sich die Delegirten in ihren Rassenversammlungen eingehend mit dieser Sache befassen sollen, damit in der nächsten Generalversammlung, wo diese Frage wieder zur näheren Berathung und Beschlußfassung vorliegen wird, die Vertreter von den Wünschen der Mitglieder genügend unterrichtet sind.

Von besonderem Interesse für Musiker ist ein Fall, den dieser Tage das Reichsversicherungsamt in der Rekurs-Instanz zu erledigen hatte. Der „Volks-Zeitung“ wird darüber geschrieben: Mehr als ein halbes Jahrhundert hatte der alte Musiker Friedrich zu Tanzfesten usw. aufgespielt. Er war nun 70 Jahre alt geworden und beantragte die Zuerkennung einer Altersrente. Die Versicherungsanstalt erklärte ihn aber für einen selbstständigen Unternehmer und lehnte daher die Rentenzahlung ab. Die Berufung an das Schiedsgericht hatte keinen Erfolg und auch das Reichs-Vericherungsamt entschied zu Ungunsten des alten Mannes. Seinen ablehnenden Bescheid begründete das Rekursgericht folgendermaßen: Es ist gewöhnlich davon auszugehen, daß Musiker, welche in Wirthshäusern und auf Hochzeiten die Tanzmusik machen und sich je nach Gelegenheit vereinigen, ohne eine ständige

Kapelle zu bilden, im Allgemeinen Dingen von ihnen, welcher die Musik leitet und das Honorar verabreicht, gleichberechtigt gegenüberstehen. Der Letztere ist nicht der Arbeitgeber der anderen Musiker und diese nicht seine Gehilfen, auch wenn er für seine Bemühungen mehr Honorar, als seine Mitspieler erhalten sollte. Ein Verhältniß persönlicher Abhängigkeit, das Reichthum jeder die Versicherungspflicht begründenden Thätigkeit, erzeugt ein solches Zusammenwirken nicht. Denn es freyt jedem einzelnen Musiker völlig frei, ob er ein anderes Mal mit dem betreffenden Musikleiter wieder zusammenspielen oder ob er sich einer anderen Vereinigung anschließen will. Auch der Musikdirektor, bei dem Friedrich meistens spielte und dessen versicherungspflichtiger Gehilfe er zu sein behauptet, hat eine feste Kapelle nicht besessen, sondern von Fall zu Fall Musiker angenommen und mit ihnen die ihm übertragene Tanzmusik ausgeführt. Hat auch Kläger in den letzten Jahren fast stets unter dem zuerst erwähnten Manne gespielt, so erklärt sich dies durch das hohe Alter des Klägers, welches ihm das Auffuchen von Aufträgen erschwerte. Auch die Honorirung fällt nicht entscheidend in's Gewicht. Zweifellos ist, daß zwischen dem Veranstalter der Musik und den Mitwirkenden in jedem einzelnen Falle eine feste Abrede über die Vertheilung der Einnahme und die Honorirung der einzelnen Musiker getroffen wurde. Nach Ansicht des Reichs-Vericherungsamtes ist die Art der Lohnzahlung an und für sich überhaupt kein sicheres Merkmal der Unterscheidung zwischen versicherungspflichtiger und nichtversicherungspflichtiger Thätigkeit.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich heute Morgen gegen 9 Uhr an der Untertrave. Als die Rangirmaschine angefahren kam, scheuten plötzlich die dem Fuhrwerksbesitzer Paad gehörigen Pferde des gerade mit Weizen beladenen Lastwagens. Der Arbeiter Peters von hier, welcher den Versuch machte, die Pferde zum Stehen zu bringen machte hierbei einen Fehlgriß, kam zum Falle, wobei ihm beide Räder über das rechte Bein gingen. Schwer verletzt wurde er mittelst des Krankenwagens dem Krankenhaus zugeführt. Durch das Herabfallen von 3 Säcken hatte der auf dem Wagen stehende Leiter des Fuhrwerkes jeglichen Halt verloren und war auf die Pferdegestränge gefallen. Wäre das Fuhrwerk nicht gleich durch zufällig dastehende Hafenarbeiter zum Halten gebracht worden, so wäre auch er ein Opfer seines Berufes geworden.

Arbeiter-Mißth. Ein trauriger Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend auf dem Rangirbahnhof am Hafen. Einem Träger der hiesigen Korporation wurde beim Entladen eines mit Eisen beladenen Waggons eine eiserne Stange derartig auf den Kopf geworfen, daß die Schädeldede schwer verletzt wurde und das Schlimmste zu befürchten steht.

Von dem Feuer auf der Fabrik von Mielenz. Das Maschinenhaus ist total ausgebrannt, auch das an das Maschinenhaus anstoßende Dach des Lagerhauses ist stark beschädigt. Sämmtliche in dem Maschinenhause befindlichen Maschinen sind stark mitgenommen. Nach zweifelhafte anstrengenden Lösungsarbeiten konnten die Spritzen unter Zurücklassung der erforderlichen Bewachungsmannschaften wieder abziehen. Soweit festgestellt, ist der Unfall wie folgt entstanden: Ein Konditor war mit dem Abwaschen von Pillen beschäftigt, wozu er Aether zu verwenden hatte. Die sich hierbei entwickelnden Gase sind wahrscheinlich einer offenen Spiritusflamme zu nahe gekommen, wodurch dann eine Explosion entstand. Die Norddeutsche Versicherungs-Gesellschaft in Hamburg und die „Union“ haben den Schaden zu tragen. Der Betrieb leidet durch diesen Unfall keinen Schaden. Mit den Aufräumungsarbeiten hat man sofort begonnen und herrscht auf der Brandstätte insolge dessen jetzt eine rege Thätigkeit.

Wegen Betrug wird sich in nächster Zeit ein hiesiger Agent zu verantworten haben. Er verkaufte nämlich an zwei Arbeiterfrauen unter Vorspiegelung falscher Thatfachen einen Mitgliedschein als Serien-Obligation.

Moisking. Maifeier. Am Sonnabend, 2. Mai fand hier im Lokale des Herrn Seeler eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung des Allgemeinen Arbeiter-Vereins für Moisking und Umgegend statt. Auf der Tagesordnung stand: Die Bedeutung des 1. Mai. Nachdem die Versammlung um 9 Uhr eröffnet war, erhielt Genosse Fein das Wort. In klarer und sachlicher Weise erörterte Redner die Entstehung des Weissefertages, hob die Massenforderungen hervor und betonte, daß wir mit aller Energie für die bei der Maifeier zum Ausdruck kommenden Forderungen, vor allem für den Achtstundentag eintreten müßten. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß Redner seinen, mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Nach dem Vortrag fand noch ein geselliges Beisammensein der Genossen statt.

Hamburg: Am zehntenziehungstage der 7. Klasse der 209. Hamburger-Stadt-Lotterie wurden folgende Nummern mit nachstehenden Hauptgewinnen gezogen:
Nr. 62954 mit 10.000 Mark. Nr. 86799 mit 5000 Mark.
Nr. 18873, 84491, 91476, 94185 mit 3000 Mark. Nr. 811, 34690, 49923, 52577, 52870, 57568, 95770, 110818, mit 2000 Mark.
Nr. 2718, 3251, 6768, 13058, 14180, 17776, 19549, 22101, 23200, 23239, 24390, 26461, 26514, 29169, 34133, 34980, 40562, 40849, 43556, 45076, 50154, 51604, 52022, 56313, 57079, 59833, 66876, 69549, 72281, 79153, 82147, 86665, 88880, 91512, 92639, 95783, 98733, 98986, 98991, 99858, 100179, 103815, 103917, 106207, 106245, 106884, 107263, 107529, mit 1000 Mark. Nr. 2585, 2621, 32339, 5697, 7129, 7491, 8763, 8902, 9493, 11212, 12504, 14445, 15919, 16412, 17005, 20959, 23506, 26204, 28039, 28509, 29214, 29521, 31031, 31291, 34208, 35738, 38786, 38865, 39768, 39788, 41970, 41852, 42555, 43881, 44889, 45395, 50351, 52288, 54109, 54531, 56858, 60595, 60726, 62085, 63012, 64465, 64770, 65622, 65763, 67631, 67759, 69556, 69604, 69997, 72518, 74082, 79061, 80097, 87515, 90644, 93234, 93810, 93953, 94681, 96300, 98006, 98998, 103351, 105373, 106677, 109225, 110603, 110816 mit 400 Mark. (Dyue Gewähr.)

Zum Morde in Sadow. Die Öffnung der Leiche des Dienstmädchens Vertha Berlin hat ergeben, daß der Tod nach einer Vergewaltigung erst im Wasser der Mergelgrube erfolgt ist. Das Würgen am Halse verursachte vermutlich eine Betäubung, und in diesem Zustande wurde der Annahme nach die Bedauernswerte ins Wasser geworfen. Ueber den Luftmörder verlautet immer noch nichts Näheres.

Tivoli-Theater.

„Der lustige Krieg“, Operette in 3 Akten, von Joh. Strauß. „Ich kam, ich sah, ich siegte“, konnte das Bauer'sche Ensemble gestern Abend nach Schluß der Vorstellung ausrufen. Ein vollgepfropftes Haus, ein durchschlagender Erfolg: Herzliebchen, was willst du noch mehr? Fürwahr das hatten wir nicht erwartet, ein so volles Haus vorzufinden. Der Anfang ist viel verheißend. Hoffentlich hält der Besuch so lange an, damit es möglich wird, die Existenz des — soweit wir bisher gesehen haben — äußerst guten Ensembles zu sichern. „Das Gute bricht sich Bahn“, sagt der Volksmund, und so glauben wir denn auch, daß die Künstler-schaar, die gestern Abend so großartige Proben ihres Talentes gegeben hat, siegreich das Terrain behaupten wird. Der häufig erfolgende, geradezu rauschende Beifall erweckt wenigstens bei uns berartige Hoffnungen. Wir wünschen das Beste. Als erstes Stück wurde Strauß' „lustiger Krieg“ gegeben. Wir zählen diese Operette mit ihren flüssigen, einschmeichelnden Melodien noch zu dem Besten der Operettenmusik. Das Libretto, von Zell und Genée verfaßt, ist wie alle Operettentexte ein Sammelfurium von Plattheiten, Unwahrscheinlichkeiten und Unsinn. Nur eine gute Musik und Darstellung kann solche Sachen genießbar machen. Nun zur Darstellung! Während sonst sehr häufig erste

Vorstellungen mehr oder weniger große Unebenheiten aufweisen, oder sonst wie kränkelnd, klapperte gestern alles so vorzüglich, daß es den Anschein hatte, als wären nicht erst die Künstler aus aller Herren Länder zusammengewürfelt, sondern hätten schon längere Zeit zusammengespield. Jedenfalls der beste Beweis für die Güte der Kräfte. Wir glauben nicht zu viel zu behaupten, wenn wir auf Grund dieser ersten Vorstellung bemerken, daß Lübeck bisher noch nie so gute Operettenaufführungen gesehen hat und vielleicht auch sehen wird. Wollten wir jede Leistung besonders würdigen, es würde zu viel werden; denn jeder behauptete brav seine Stellung. Der Marsch des Herrn Silla, der Spinola des Herrn de Beer, der Balthasar Ernst des Herrn Berend waren nicht weniger prächtige Leistungen wie diejenigen der Damen Toni Kubolyh (Violetta), Korzan (Elise) und Kugelberg-Messert (Artemisia). Und so ward es denn sehr leicht, die Herzen der Zuschauer im Sturm zu erobern. Mit ihren Einlagen erteten die Herren Beer (Schmetterlingswalzer) und Silla (Gold und Silber) kolossale Erfolge, so daß sie sich zu Wiederholungen verstehen mußten. Wie gesagt, das Tivoli-theater hat unter den günstigsten Auspizien begonnen. Hoffen wir, daß es so bleibt.

Briefkasten.

Zwei Arbeiter. Was Sie als „neue Steuer“ anzugeben, ist längst eine alte „Kamelle“. Sie wenden sich gegen indirekte Steuern und — schlagen selbst eine solche vor. Im Uebrigen müssen Sie Steuererfindungen bei den Finanzbehörden anbringen; wir haben dafür absolut keine Verwendung. Landwehrmänner, welche an der letzten Übung in Schleswig theilgenommen haben, werden erjucht, auf der Redaktion vorzusprechen. am Travemünde. Warten Sie doch erst ab, ob der Bericht nicht noch kommt.

Quittung.

Für den Pressfonds gingen ein:

Von einem Genossen	20.
R. P. B.	10.
R. R.	10.
H. W.	10.
1 Sepling	10.
Summa	60.

Mit den in Nr. 98 quittirten 90

Insgesamt **150.**

Friedr. Meyer & Co.

Angelommene und abgegangene Schiffe zu Travemünde.

Angelommen:

Sonntag, den 3. Mai.

4,05 B. D. Halland, Peterson, von Kopenhagen in 12 St.
5,25 B. D. Jyden, Lund, von Malmö in 15 St.
8,40 B. D. Rußland, Moppel, von Gese in 58 St.
8,45 B. Mathilde, Hagen, von Stralsund in 1 Tg.
8,15 N. Enighedden, Christensen, von Faxö in 5 Tg.

Montag, den 4. Mai.

4,05 B. D. Lübeck, Hultman, von Kopenhagen in 12 St.
7,30 B. Anna, Svensson, von Berguara in 3 Tg.
7,30 B. Ebenezer, Rasmussen, von Fehmarn in 1 Tg.
8,— B. Emerentia, Nielson, von Karlskrona in 36 St.

Abgegangen:

Sonntag, den 3. Mai.

3,20 N. D. Kant, Wulf, nach Königsberg.
3,20 N. D. Dora, Bremer, nach Danzig.
3,20 N. D. Jyden, Lund, nach Malmö.
4,— N. D. Der Preusse, Bethmann, nach Königsberg.
4,— N. D. Elbe, Pressenberg, nach Petersburg.
7,— N. Louise Julie, Adam, nach Fehmarn.
7,10 N. D. J. P. Dillberg, Berg, nach Kopenhagen.

Wind und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr. W: 6,6
M.D. schwach.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Durch die glückliche Geburt einer gesunden Tochter wurden hoch erfreut
Hermann Frost u. Frau Anna, geb. Hass.
Lübeck, den 29. April 1896.

Unserm lieben Vater J. Diestel zu seinem 64. Geburtstage einen herzlichsten Glückwunsch. Mit Abend müß' de Schinken vor woll an glöben.
K. E. A.

Nachruf

am Todestage unseres innig geliebten Vaters und Vaters, des Maschinenchloßers
Heinrich Paustian
geb. am 24. Dezember 1839, gest. in Folge eines Unglücksfalles am 5. Mai 1895.

Ein banges Jahr schläft Du im sanften Schlummer,
Du, dessen Herz für mich in Liebe schlug,
Und ich, ich wandele allein im Kummer,
Seitdem man Dich zu Grabe trug.
Oft weilt ich hier an Deinem stillen Grabe,
Du Theurer, den der Tod so früh mir nahm,
O, seit ich Dich nicht mehr zur Seite habe
Bin ich voll Sehnsucht, Leid und Gram.
Es war so reich Dein ganzes Leben
An Müß' und Arbeit, Sorg' und Last,
Wer Dich gekannt, muß Zeugniß geben,
Wie redlich Du gearbeitet hast.

Gebeugt vor Gram, mit tiefem Weh im Herzen
Betret' ich heut' die Stätte Deiner Ruh;
Wie könnt' ich, theurer Vatte, je verschmerzen
Was ich verlor, denn all mein Glück warst Du.
Nun, theurer Vatte, schlaf in Gottes Frieden,
Und ruh' von Deinem schweren Tagewerk aus,
Es sehen sich ja wieder, die sich lieben
Dort oben in dem schönen Vaterhaus.

Dann werd' auch ich, wenn ich zur Ruh' geh' ein,
Mit Dir vereint, ja das wird Freude sein.

**Die tieferauernde Gattin
nebst Kindern.**

1 freundliches Zimmer für einen jungen Mann. Reiferstraße 17 a.

1 freundliches Parterre-Zimmer für einen jungen Mann. Debenau 15.

1 Mädchen für häusliche Arbeiten auf einige Stunden des Tages. Engelsgrube 57, 1 Etage.

Umständehalber zu sofort ein junges Dienstmädchen. Kupferschmiedestraße 13.

**Zu sofort ein junger Suedt.
Kleine Altfähre 1.**

Ein ordentlicher kräftiger Laufbursche außer der Schulzeit. Stengel & Dose, Hölstenstraße 10.

Eine große Partie nur neuer Muster in Tapeten u. Borden, 10 Pf. an bei H. E. Koch, Mariesgrube 45.

Den so sehr beliebt gewordenen

Kautaback

aus der Fabrik von G. Thörenberg, hier, Alststraße, empfiehlt bestens
Reinh. Büsen, Arminstraße.

MEYERS Über 1000 Bildertafeln und Kartenbeilagen.
= Soeben erscheint =
In 5. neubearbeiteter und vermehrter Auflage:
KONVERSATIONS-LEXIKON
17 Bände in 11 Hälften gebunden zu 10 Mk.
17,500 Seiten Text. 272 Neffe zu 50 Pf. 17 Bände zu 8 Mk.
Probhefte und Prospekte gratis durch jede Buchhandlung.
Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig.
10,000 Abbildungen, Karten und Pläne.

Hausfrauen

gebraucht

G. Schenk's Fettlaugenmehl,

ein vorzügl. Wasch- und Reinigungsmittel
(in gelben 1/2 Pfund-Packeten)

das die Wäsche blendend weiss macht und ihr einen angenehmen und frischen Geruch giebt.

Zu haben in den meisten Droger- und Colonialwaren-Handlungen.

Vertreter für Lübeck u. Umgegend: **J. Klüssmann, Lübeck**

1 tüchtiger Schuhmagergelle wird sofort gesucht. E. Hälsig, Spillerstr. 16.

Gesunden 1 Schlüsselbund. Abzuholen Schützenstraße 34 a, 2. Etg.

Zither und mehrere Vogelkäfige zu verkaufen. Engelswisch 37.

Ei Partie Speck August Pfund 50 Pf., bei August Fündig, Fischergrube 45.

Billigsten Sohlen-Ausschnitt und Schuhmacher-Artikel aller Art empfiehlt Friedr. Dührkop, Fischstraße 18

!!! Zufall!!!

Fahrräder

mehrere neue nebst sämtlichem Zubehör. Preis 165 Mk.

Hermann Prenzlau, Untertrave 67.

Hansa „Extra“

ist die beliebt gewordene Marke der Lübecker Margarine-Fabrik „Hansa“
J. Schröder & Co.
Bertreter: Wilh. Hammer, Lübeck.

Frisch geräucherter Störkeisch
Hiesige Büdlinge
Echte Sprotten
Nordsee-Krabben
Pfund 30 Pf., empfiehlt

Johs. Boy, Fischhandlung
Breitestr. 56. Wahnstr. 16.
Mauer 84.
Fernsprecher 115.

Frische Butter Pfd. 85, 90 u. 100 Pf.
Margarine Pfd. 50, 60 u. 65 Pf.
Reines Schweineschmalz Pfd. 45 u. 50 Pf.
Hiesiges Griebenschmalz Pfd. 55 Pf.
Züfrier Käse Pfd. 30, 40, 50, 60 u. 70 Pf.
Ganz alten Käse Pfd. 15 Pf.
Besten hiesigen Speck, fetten u. durchwagh. 60 Pf., ger. Landmettwurf 90 u. 100 Pf. empfiehlt J. F. D. Götke, Hüfstr. 26.

Dem hochverehrten Publikum mache hierdurch die Mittheilung, daß von jetzt an Brod aus meiner Bäckerei auch bei Herrn

H. Abraham, Reiferstr. 18
zu haben ist.
Hansa-Dampfmühle, C. Friederici, Krempelsdorf.

Ia. Bratenschmalz

Pfund 40 und 50 Pf. empfiehlt

Carl Schröder

obere Hüfstraße 6.

Allgemeine Lokal- und Straßenbahn-Gesellschaft Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß der Betrieb der Erweiterungsstrecke Israelsdorf vom 1. Mai cr. eröffnet ist. Abfahrt der Wagen von Israelsdorf nach Cronsförder Allee: 7 Uhr 33 Min., 7 Uhr 57 Min., 8 Uhr 21 Min., 8 Uhr 45 Min., 9 Uhr 9 Min., 9 Uhr 33 Min., 9 Uhr 57 Min., 10 Uhr 21 Min., u. f. w. alle 15 Minuten bis Abends 8 Uhr 45 Minuten. Abfahrt der Wagen von der Cronsförder Allee nach Israelsdorf: 7 Uhr 33 Min., 7 Uhr 57 Min., 8 Uhr 21 Min., 8 Uhr 45 Min., 9 Uhr 9 Min., 9 Uhr 33 Min., 9 Uhr 57 Min., 10 Uhr 21 Min., u. f. w. alle 15 Minuten bis Abends 8 Uhr 45 Minuten. An Sonntag Nachmittagen und an Wochentagen, wo anlässlich stattfindender Concerte, Gefeierlichkeiten u. ein größerer Verkehr zu erwartet ist, wird die Wagenfolge durch Einlegen von Extrawagen auf einen 12- resp. 6-Minuten-Intervall vergrößert. Für Benutzung der verlängerten Strecke wird ein Fahrpreiszuschlag von 10 Pf. oder Marke pro Person bei der Bahlgrenze, Richtung weiche, durch Reineinwurf erhoben. Die Betriebsverwaltung

Achtung! Zimmere

Dienstag den 4. Mai: Verbands-Versammlung im Verbandslokal.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Friedrich.
2. Bericht über die letzte Kartellberatung.
Um zahlreiches Erscheinen eruchtet
Der Vorstand

Gesangverein „Vorwärts“

Sonntag den 10. Mai: **Socialer Abend** im Colosseum. Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr. Entree 50 Pf. Das Fest-Comitee

Tivoli-Theater

Dienstag, den 5. Mai 1896: Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr. **Der lustige Krieg.** Operette in 3 Akten von F. Zell und R. Genée. Musik von J. Strauß.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Berlin, 30. April.

80. Sitzung.

Präsident von Uoel eröffnet die Sitzung Nachmittags um 1 Uhr.

Am Bundesratstische: von Berlepsch, von Büttcher, Dr. Koch u. A.

Die Verhandlung des Börsengesetzes wird fortgesetzt bei § 36, welcher von der Zulassung von Werthpapieren zum Börsenhandel, speziell von der Zulassungsstelle handelt.

Da zu diesem § 36 ein schon in der Kommission gestellter, aber dort wieder zurückgezogener Antrag des Abg. Grafen Kanitz auf Errichtung einer staatlichen Zentral-Emissionsstelle für ausländische Werthpapiere vorliegt, wird die Diskussion getrennt und zunächst über den Antrag Kanitz debattirt, nach welchem § 36 folgenden Zusatz erhalten soll:

„Ueber die Zulassung ausländischer Werthpapiere zum Börsenhandel hat eine Hauptzulassungsstelle zu beschließen. Dieselbe hat ihren Sitz in Berlin und besteht aus 20 Mitgliedern, welche vom Bundesrath auf fünf Jahre zu wählen sind. Eine erneute Wahl ist zulässig. Die Wahl der Hälfte der Mitglieder erfolgt auf Vorschlag der Handelsorgane. In welcher Anzahl dieselben von den einzelnen Handelsorganen vorzuschlagen sind, bestimmt der Bundesrath. Die andere Hälfte wird unter angemessener Berücksichtigung der anderen Verhältnisse gewählt.“

Graf Kanitz (N.) begründet seinen Antrag. Gegenüber den bedeutenden Verlusten, welche das deutsche Publikum durch ausländische Werthpapiere, zum Beispiel Argentinier und Portugiesen, erlitten hätte, sei die Regierung verpflichtet, hier besonders Licht zu geben. Habe die Regierung darauf hingewiesen, daß durch eine derartige Maßregel Verwicklungen mit auswärtigen Mächten entfallen könnten, so habe sie doch auch solche Verwicklungen fürchten müssen, als sie die russischen Papiere nicht zuließ. Gäbe es für die auswärtigen Papiere verschiedene Zulassungsstellen, so würde die verschiedenartige Praxis, die sich bei denselben herausbilden würde, zu Unzutraglichkeiten führen.

Reichsbankpräsident Koch hält den Antrag Kanitz für unannehmbar aus den schon in der Kommission angegebenen Gründen. Er wolle die bedeutenden Verluste bei ausländischen Papieren nicht bestreiten, aber wenn man die Gewinne aus ausländischen Werthen in Betracht ziehen und die Bilanz ziehe, so überwiegen die Gewinne bedeutend. Die Emissionshäuser werden auch wohl am besten wissen, was ihr Interesse erfordert und sich jede Belehrung verbitten.

Fischer (Zp.) Graf Kanitz hat nicht nachweisen können, daß die durch ausländische Papiere erwachsenen Verluste durch Nachlässigkeit oder Unachtsamkeit der betr. Emissionsstellen herbeigeführt worden sind. Die Verluste sind alle entstanden durch Ereignisse in den betreffenden Staaten, die bei der Emission noch nicht vorherzusehen waren. Dem Reich würde durch Annahme des Antrages Kanitz eine zu große Verantwortlichkeit aufgebürdet werden. In der Frage der russischen Werthpapiere hat sich das Reich sehr zu Unrecht eingemischt, und es wäre besser gewesen, das Reich hätte nicht die Leute veranlassen sollen, Papiere zu verkaufen, die ganz gut waren. Der Antrag Kanitz benachtheiligt die kleineren Provinzbörsen; wir werden gegen ihn stimmen.

Bachem (Z.): Meine Partei hat sich überzeugt, daß der Antrag Kanitz praktisch verfehlt ist. Wir wollen auch alle gewinnbringenden Papiere zulassen, alle verlustbringenden ausschließen, aber dieses Ziel wird durch die im Antrag Kanitz vorgesehene Reichs-Emissionsstelle nicht erreicht. Diese Reichs-Emissionsstelle hätte nur einen Zweck, wenn sie in enger Verbindung mit dem auswärtigen Amt stände. Daß sich das auswärtige Amt dagegen wehrt, verstehen wir sehr gut, deshalb werden wir den Antrag Kanitz ablehnen.

Singer (SD.): Es wird sich bei dieser Reform weniger um Schaffung einer Zulassungsstelle handeln, als um die Stellung von Bedingungen, die von den Papieren, die eingeführt werden wollen, erfüllt werden müssen. Die Verlockung durch ausländische Papiere, die so traurige Folgen nach sich gezogen, hat lebhafteste Entrüstung hervorgerufen. Ich habe kein Mitleid mit Denjenigen, die ihr Geld in hochprozentigen ausländischen Werthen anlegen, von deren ethischem Werth sie gar keine Ahnung haben. Wenn amtliche Stellen sich mit der Emission ausländischer Werthe befassen (Graf Kanitz ruft: Seehandlung), so muß das Publikum der

Meinung sein, es handele sich hier um etwas besonders Neues. Die Diskontogesellschaft hat chinesische Anleihen in Deutschland eingeführt. Sie selbst hat den Prospekt nicht unterzeichnet, sie hat ihn von einer deutsch-asiatischen Bank unterzeichnen lassen, von der man nicht weiß, inwiefern sie die Verhältnisse kennt und inwiefern sie etwaigen Haftpflichtansprüchen genügen könnte. Als Zeichnungsstelle für diese Anleihen figurirt die Seehandlung. Es würde viel zur Sanierung der Verhältnisse beitragen, wenn sich amtliche Stellen von derartigen Anleihen fernhielten. Ich komme zum Antrag Kanitz. Unmöglich kann die Regierung die Verantwortlichkeit auf sich nehmen, die das Publikum ihr auflastet für jede ausländische Emission, zu der die Reichszulassungsstelle ihre Zustimmung gegeben hätte. Auch können wir uns unmöglich der Verfe zu Liebe unmaßgebaren politischen Verwicklungen aussetzen. Wir werden daher gegen den Antrag Kanitz und für die Kommissionsvorlage stimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kommissar Wermt: Bisher haben sich die ausländischen Emissionen je nach ihrer Herkunft auf München, Hamburg und Frankfurt vertheilt. Die Thätigkeit dieser Börsen würde durch den Antrag Kanitz unterbunden werden.

Dr. Jahn (Widb.) tritt für den Antrag Kanitz ein. Durch die Reichszulassungsstelle würde die Zulassung ausländischer Werthe von lokalen Einflüssen frei bleiben. Wir sollten in nationalen Interessen darauf sehen, wohin das deutsche Kapital fließt, und das mehr als bisher kontrolliren. Dazu hat nur eine Zentralzulassungsstelle die nötigen Informationen und die nötige Interessiertheit. Ich möchte namentlich die Herren Nationaliberalen bitten, aus diesen nationalen Gesichtspunkten für den Antrag Kanitz einzutreten.

Graf v. Kanitz (N.): Es ist unbestreitbar, daß es auch werthvolle ausländische Papiere giebt, aber die bleiben gewöhnlich bei den Großkapitalisten, während die minderwerthigen Papiere die kleinen Kapitalisten schädigen. Zweifelslos ausländische Anleihen kommen nach keinem Lande in größerem Umfange als nach Deutschland. Die Zentralzulassungsstelle soll nicht permanent sein, sie soll in gewissen Zwischenräumen zusammentreten.

Reichsbankdirektor Koch betont nochmals die außerordentliche Schwierigkeit, irgend eine Anleihe von einer Zentralstelle aus zu prüfen.

Dr. Hammacher (N.): Die Anlegung lentischen Kapitals im Ausland ist hochwichtig und für die deutsche Industrie unentbehrlich. Der Antrag Kanitz ist nicht zweckentsprechend.

Die Diskussion über den Antrag Kanitz wird geschlossen und die Debatte über den eigentlichen Inhalt des § 36 und den Antrag Fischer wird eröffnet.

§ 36 handelt von der Zulassungsstelle für Werthpapiere zum Börsenhandel und weist derselben die Pflicht zu, das Publikum über alle thatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse zu unterrichten, sowie Papiere nicht zuzulassen, die das allgemeine Interesse schädigen könnten. Die Zulassungsstelle darf die Emissionen ohne Angabe von Gründen ablehnen. Der Kommissionsantrag will die Zulassungsstelle mindestens zur Hälfte aus Personen zusammengesetzt wissen, die nicht ins Börsenregister für Werthpapiere eingetragen sind.

Fischer (Zp.) beantragt, die Zahl der letztgenannten Personen auf ein Drittel der Gesamtheit herabzusetzen, wie es auch in der Regierungsvorlage vorgesehen war.

Reichsbankpräsident Koch ist mit dem Antrag Fischer einverstanden, da derselbe die Regierungsvorlage wiederherstellt. Im Uebrigen bittet er Koch, es bei den Kommissionsbeschlüssen zu belassen.

Darauf wird die Diskussion geschlossen.

§ 36 wird in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso § 37, der bestimmt, daß jede Ablehnung einer Emission durch eine Zulassungsstelle den anderen Börsen Deutschlands mitzuthellen ist. Dabei ist anzugeben, ob die Ablehnung aus lokalen oder anderen Gründen erfolgt ist. In letzterem Falle dürfen die anderen Börsen die Emission nur gestatten, wenn die erste Zulassungsstelle zustimmt.

§ 38 fordert, daß die Zulassung begehrenden Werthpapiere einen Prospekt veröffentlichen, der den Betrag, welcher in den Verkehr gebracht, sowie den Betrag, welcher vorläufig von Verkehr ausgeschlossen werden soll und die Zeit, für welche dieser Ausschluß erfolgt, ersichtlich macht. Antichipien oder Obligationen ausländischer Erwerbgesellschaften sind nur zuzulassen, wenn jährlich ihre Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung in einer oder mehreren von der Zulassungsstelle zu bestimmenden deutschen Zeitungen veröffentlicht werden.

Dr. Hammacher (N.) beantragt, die Worte „oder Obligati-

tionen“ zu streichen. Er meint, es läge kein Grund zu solcher Vorschrift vor, wenn es sich z. B. um staatlich garantierte Obligationen handle.

Reichsbankpräsident Koch tritt für den Antrag Hammacher (N.) ein.

Dr. Jahn (Widb.) bekämpft den Antrag. Er meint, daß man erst durch solche Veröffentlichungen sich über die betreffenden Werthe informieren könne. Etwa verschleierte Bilanzen würde der Sachmann leicht als solche erkennen.

Darauf wird die Diskussion geschlossen. Die Abstimmung ergibt Annahme des § 38 in der Kommissionsfassung mit einer unwesentlichen redaktionellen Aenderung, die auf Antrag des Abg. Gamp acceptirt wird.

§ 38a läßt die Aktien eines zur Aktiengesellschaft oder zur Kommanditgesellschaft auf Aktien umgewandelten Unternehmens zum Börsenhandel erst zu, wenn die Gesellschaft ein Jahr in das Handelsregister eingetragen ist und ihre erste Jahresbilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung veröffentlicht hat. Die Landesregierung kann in besonderen Fällen diese Frist ganz oder theilweise erlassen.

Fischer (Zp.) beantragt, § 38a ganz zu streichen.

Träger (Zp.) begründet diesen Antrag.

§ 38a wird in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso § 38b, § 39, § 40.

§ 41 macht diejenigen, von denen ein Prospekt ausgeht, für Angaben verantwortlich, die zur Beurtheilung des Werthes erheblich sind, ebenso die, die den Prospekt erlassen haben.

Strombeck (Z) beantragt dazu, daß an Stelle des Schadenersatzes auch eine Geldbuße erkannt werden könne, für welche die Verantwortlichen als Gesamtschuldner haften. Er begründet dies damit, daß ein Schaden nicht immer nachzuweisen sei.

Unterstaatssekretär Kothke bekämpft den Antrag. Eine solche Buße existire bis jetzt nur im Strafrecht.

Die Diskussion wird geschlossen.

§ 41 wird nach dem Kommissionsvorschlage angenommen, ebenso die §§ 42, 43, 44a, die die Ertragspflicht weiter regeln.

§§ 45, 46, 47 Abs. 1 und 2 (Terminhandel) werden auf Antrag des Referenten Abg. Gamp zusammen zur Debatte gestellt. §§ 45 und 46 werden ohne weitere Diskussion nach den Kommissionsvorschlägen angenommen.

Es wird dann zunächst berathen § 47 Abs. 3 und § 50a. Sie beschäftigen sich mit den Lieferungsbedingungen von Getreide- und Mühlenfabrikaten im Börsenmehlsverkehr.

Die Abgg. Fuchs und Schwarze (Z) beantragen:

- 1) den Abs. 3 des § 47 so zu fassen: Der börsenmäßige Terminhandel in Getreide- und Mühlenfabrikaten ist untersagt;
- 2) den § 50a zu streichen.

Schwarze (Z) begründet seinen Antrag unter Hinweis auf die großen Schädigungen, die der Landwirtschaft durch den Terminhandel erwachsen sollen.

Ein Antrag des Abg. Dr. Vartl auf Vertagung wird nicht genügend unterstützt und deshalb zurückgezogen.

Dr. Vartl (Zp.): Ich muß Sie nur eine halbe Stunde lang mit einer Rede in Anspruch nehmen. (Wurren rechts.) Die Frage des Terminhandels hat in letzter Zeit die wissenschaftlichen Kreise stark beschäftigt. Ihnen ist jedenfalls auch wie mir eine Schrift des holländischen Professors Julius Kühn zugegangen, die sich für das Verbot des Terminhandels in Getreide ausspricht. Herr Kühn benützt übrigens die Portofreiheit der Universität Halle für sein journalistisches Elabozat. Ich halte das für einen argen Mißbrauch und wenn es so weitergeht, werden bald alle Druckfächer des Bundes der Landwirthe mittels der den Universitäten zugesicherten Portofreiheit verchristet werden. (Heiterkeit.) Bringen Sie doch einen solchen Antrag ein, wir sind ja grade so im Annehmen solcher genialer Anträge drin! (Große Heiterkeit.) Der Zufall will es, daß ein Kollege des Herrn Kühn, Herr Professor Conrad in Halle, eine Schrift zu Gunsten des Terminhandels herausgegeben hat. Er hat sie auch verchristet, aber portofrei (Heiterkeit), und aus seiner Schrift ergibt sich, daß sich seine Angaben auf reiches statistisches und wissenschaftliches Material stützen, was man von der Schrift Kühns nicht sagen kann. (Woh! rechts.) Ja, wenn Herr Kühn nicht mehr kann, als er in seiner Broschüre zeigt, dann ist es mit seiner Volkswirtschaft nicht weit her. Es ist entschieden zu bestreiten, daß dem Getreideproduzenten der Terminhandel den geringsten Nachtheil bringt. Denn der Terminhandel vermehrt die Käufer und Verkäufer. Je mehr Käufer und Verkäufer vorhanden sind, desto weniger Schwankungen werden bei den Preisen der Waare vorkommen. Der Terminhandel trägt also wesentlich zur Stabilisirung des Getreidepreises bei. Durch die Aufhebung des

Der Doppelgänger.

Roman von Carl Gurlik.

(7. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Zwei Herren standen an der Thür und betrachteten die junge Frau mit ernster Theilnahme.

Es waren Werner und der Hotelbesitzer selbst. Letzterer war auf die Nachricht, daß die junge Frau des Verunglückten angelangt sei, nach oben gekommen.

Leonore, wie Frau Scholwien mit Vornamen hieß, war eine anmuthige junge Frau mit lieblichen Gesichtszügen, über welchen jetzt der Ausdruck tiefen Schmerzes wie ein trüber Schleier lagerte, wodurch sie nur noch sympathischer erschien.

Jedes große Unglück erregt stets eine gewisse Scheu und Furcht, selbst bei denen, die nicht direkt dabei theilhaftig sind. So fühlte sich auch der Hotelbesitzer durch sein Mitleid für die junge Frau beinahe zaghaft, er näherte sich ihr und redete sie an:

„Ich bin der Herr dieses Hauses und erlaube mir, Ihnen meine Dienste anzubieten. Die traurige, auch mich berührende Veranlassung, die Sie hierher geführt hat, beklage ich tief und bitte Sie, zunächst von den Anstrengungen der Reise ausruhen und dann über mich bestimmen zu wollen.“

Leonore, die sich gewaltsam zu fassen suchte, erhob sich, aber ihre Haltung blieb unsicher.

„Ich darf nicht an Ruhe denken,“ sagte sie, „würde sie wohl auch nicht finden. Ich erbitte vor Allem einen Begleiter auf den traurigen Wegen, die ich zu machen habe, denn ich bin hier unbekannt.“

Der Hotelier verneigte sich vor Frau Scholwien und

wandte sich nach Werner um. Dieser kam jetzt auf den Wink seines Prinzipals herbei.

„Herr Werner, mein Oberkellner,“ stellte der Gasthofsbesitzer diesen der jungen Frau vor, und fuhr dann fort: „Er mag Sie begleiten, wohin Sie wünschen, da gerade er am meisten in die Einzelheiten dieses großen Unglücks eingeweiht ist und den Behörden schon mehrfache Auskunft gegeben hat.“

Die junge Frau richtete einen unfählich traurigen Blick auf Werner. Dann erröthete sie plötzlich, indem sie sich erinnerte, daß sie in ihrem Uebermaß von Schmerz alles Andere vergessen hatte. Sie erwähnte ihres Reisegepäcks, daß sie in der Droschke hatte liegen lassen.

Der Hotelbesitzer beruhigte sie hierüber, indem er hinzufügte, daß der Portier dasselbe an sich genommen habe.

In wenigen Minuten hatte sie ihre Sachen vor sich stehen.

Die beiden Herren empfahlen sich ihr für den Augenblick und wiederholten, daß man ihre weiteren Befehle erwarte.

Leonore antwortete, daß sie in kürzester Zeit zum Ausgehen bereit sein würde.

Nachdem sie allein war, ordnete sie Haar und Kleidung und ging dann in das untere Stockwerk hinab, wo ihr Werner mit Hut und Handschuhen entgegentrat.

Vor dem Hotel stand bereits eine Droschke. Werner und Frau Scholwien bestiegen dieselbe und fuhren nach den Büreaus des Kriminalgerichts.

Kein Wort wurde auf der Fahrt zwischen beiden gewechselt. Frau Scholwien lehnte in ihrem Schmerze theilnahmslos in den Kissen des Wagens, und Werner hatte nicht den Muth, auch nur das leiseste Trostestwort an die unglückliche Frau zu richten.

Im Gerichtsgebäude angelangt, führte er sie durch ein Labyrinth von engen und halbdunklen Gängen, über finstere Treppen mit atterthümlichen, schwarzgeordneten Geländern, durch eine Atmosphäre von Stidluft, die jeden erfrischenden Athemzug unmöglich machte.

In einem großen, niedrigen Zimmer, dessen Fenster auf einen finstern Hof hinausgingen, mußten Werner und Frau Scholwien warten, bis ein Gerichtsdienner sie dem Kriminalrath, der mit der Untersuchung des Scholwienischen Falles betraut worden war, gemeldet hatte.

Der Diener kam bald zurück und führte das Paar in das Kabinett des Kriminalraths ein.

Werner war ihm schon vom gestrigen Tage her bekannt.

Der Kriminalrath saß an einem mit Attenstößen bedeckten Tisch in der Nähe des Fensters. Er hatte daß gestern von dem Polizeilieutenant aufgenommene und von Werner unterzeichnete Protokoll vor sich liegen und zwar in etwas veränderter Form. Es war durch Umschlag eines blauen Deckels formmäßig hergerichtet, und sein Inhalt war bereits vergrößert durch Hinzufügung der beiden Telegramme aus W—burg und H., sowie des Berichts der beiden Gerichtsärzte über die Obduktion, welche am Vormittage stattgefunden hatte, und über den Sektionsbefund von Scholwien's Leiche.

Bei der Meldung von Werner und Frau Scholwien hatte er sich die betreffenden Akten reichen lassen.

Als die beiden Letztgenannten eingetreten waren, erwiderte der Kriminalrath kurz den Gruß Werners.

Frau Scholwien blieb unbeweglich an der Thür stehen. Sie starrte mit ihren großen schwarzen Augen so geisterhaft vor sich hin, als ob sie in einen leeren Raum sähe. Ihr Begleiter blickte mit ängstlicher Sorge auf sie. Seine Theilnahme hatte einen großen Beisatz von Furcht

Getreideterminhandels werden Sie nur die kapitalstärksten Händler stärken und die kleineren Händler schwächen. Das ist Ihre berichtigte Mittelstandspolitik. Von dem Vorkriegsstand haben die kleinen Nachtheil die großen Banken und Schanden haben nur die kleinen. Das hat die Deutsche Bank in ihrem letzten Jahresbericht ganz offen ausgesprochen. Deshalb bin ich der Meinung, daß für die deutschen Landwirthe nichts weniger vorthellhaft sein kann, als wenn geschäftlich der Terminhandel in Getreide verboten wird. Die Landwirtschaft wird daran nicht sterben, aber ich glaube, dieselben Leute werden schließlich wieder die Aufhebung des Verbots verlangen. (Hoh! rechts. Wessal links.)

Handelsminister Freiherr v. Wertheim: Die Regierung stimmt mit dem Vorkredner nicht völlig überein. Die Regierung ist der Meinung, daß der Terminhandel, wie er jetzt an der Börse geführt wird, den Interessen der Landwirtschaft nicht entspricht (Wessal rechts), aber sie glaubt, daß es angängig ist, Bedingungen an den Terminhandel zu knüpfen, die diese Schädigungen aufheben, ohne den Terminhandel ganz zu verbieten. Der Vorkredner hat gesagt, der Terminhandel verhilfere Schwankungen. Das ist nicht ganz richtig. Ich erinnere an den Fall Cohn und Rosenberg. Einer einzigen Firma, die mit vielem Geschick à la hausse spekulirte — Geschick ist nicht der richtige Ausdruck — (Große Heiterkeit) ist es doch gelungen, den Preis für Roggen an der Berliner Börse unter den Weltmarktpreis zu drücken (Abg. Barth ruft: Wie lange?) Ich schätze die Zeit auf drei Wochen und den Schaden auf 3-4 Millionen. Die Regierungsvorlage wollte dem Bundesrath die Befugniß einräumen, den Terminhandel unter Umständen zu verbieten. Wird der Terminhandel verboten, dann kann er nicht mehr spielen. Es fragt sich aber, ob nicht auf der anderen Seite damit große Nachtheile verbunden sind. Die Frage ist zweifelhaft, ob ein Verbot des Terminhandels im Geiste nicht der Landwirtschaft unüberwindlichen Schaden zufügen kann. Ich kann nicht für den Bundesrath sprechen, glaube aber, daß die preussische Staatsregierung meinen Standpunkt theilt. Für mich ist die Frage zweifelhaft und ich meine, die Regierung kann dafür die Verantwortung nicht übernehmen. Eine Regierung, die sich ihrer Verantwortung bewußt ist, muß Sie bitten, den Antrag abzulehnen. (Bewegung.)

Hierauf verlegt sich das Haus.
Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Verathung des Vorkriegesetzes. Interpellation Meyer-Danzig betr. Konvertirung der Reichsanleihe. Interpellation Auer, betr. den Fall Wueb.
Schluß 6 Uhr.

Patiales und Partei-Leben.

Der Ausstand der Cigarrenarbeiter in Berlin nimmt, wie die „Volkstztg.“ mittheilt, einen für die Arbeiter günstigen Verlauf. Es soll in den letzten Tagen eine der größten hiesigen Firmen den am 29. März seitens der Arbeiter aufgestellten Tarif acceptirt haben. Wir haben eigentlich niemals daran gezweifelt, daß die hiesigen größeren Cigarrenfabrikanten, soweit sie überhaupt hier in Berlin Arbeitsstätten haben, den neuen Tarif, der, was unbedingt zugegeben werden muß, den Lebensbedingungen in Berlin gegenüber nicht hoch genannt werden kann, annehmen werden. Sie haben dies um so leichter, als sie fast ohne Ausnahme die billigen Cigarren schon seit langer Zeit nicht mehr in Berlin arbeiten lassen und für die besseren Cigarren, die hier angefertigt werden, schon jetzt die Sätze des neuen Tarifs und darüber gezahlt werden. Was die wenigen größeren Arbeitgeber, welche hier noch ordinäre Cigarren anfertigen lassen, anbetrifft, so werden sie wohl oder übel den Tarif annehmen müssen, sie werden dann aber gleichfalls die billigen Sorten auswärts fabriziren lassen und hier nur solche Cigarren anfertigen, bei denen die Konkurrenz, besonders die aus Süddeutschland, die Zahlung des festgesetzten Minimallohnes gestattet. Von den kleinen Fabrikanten, welche mit einem oder zwei Arbeitern arbeiten, und welche meist billige Cigarren arbeiten, beschäftigt wieder ein sehr großer Theil nur Mitglieder der eigenen Familie, und bei dieser ist der Lohnsatz eigentlich nominell: in Wahrheit dient ja die Cigarrenfabrikation einheitlich zur Beschaffung des Gesamtunterhaltes der ganzen Familie. Der Rest, welcher einen oder zwei fremde Arbeiter beschäftigt, muß sehen, ob er mit dem neuen Tarif auskommt. Da es wohl gerade diese Fabrikanten sind, welche in der sogenannten Fabrikanten-Versammlung den neuen Tarif angenommen haben, so ist anzunehmen, daß sie sich bewußt waren, diesen erhöhten Lohnsatz zahlen zu können.

bekommen, daß der stumme Schmerz seiner jungen Pflegebefohlenen zu einer erschreckenden Katastrophe führen könnte.

„Stühle her!“ befahl der Kriminalrath in barschem Geschäftstone, indem er sich an den Gerichtsdienerr wandte.

Lehterer stellte zwei Stühle vor den Tisch.

„Nehmen Sie Platz!“

Auf diese Aufforderung des Beamten ergriff Werner sanft die Hand der jungen Frau, da dieselbe sich nicht rührte.

Willenlos und mechanisch ließ sie sich von Werner an den Tisch führen, wo beide dem Kriminalrath gegenüber Platz nahmen.

Nachdem lehterer noch einen Blick in die vor ihm aufgeschlagenen Akten geworfen hatte, richtete er ihn jetzt auf die ihm gegenüber sitzende junge Dame.

„Sie sind die Frau des Baumeisters Scholwien aus W—burg?“

Bei Nennung des Namens ihres Gatten brach die Aermste wieder in Thränen aus. Sie war nicht fähig zu antworten, deshalb neigte sie zur Bejahung nur ihr Haupt.

„Vor allem,“ fuhr der Rath fort, „müssen wir zu erforschen suchen, was dem Tode Ihres Gatten vorhergegangen ist!“

Die Hand auf das Protokoll legend, fügte er hinzu: „Nach der Leichensection ist es unzweifelhaft, daß der Tod durch Ertrinken eingetreten ist!“

Frau Scholwien stieß einen Schrei aus, der in Schluchzen überging. Sie bedeckte das Gesicht mit den Händen.

Stuttgart. Bei den Verhandlungen vor dem Einigungs- aut, die ausgesperrten Bauhandwerker betreffend, siegen die Arbeiter, indem der Schiedspruch im großen und ganzen zu ihren Gunsten ausfiel und die Arbeitgeber denselben anerkannten. Die Vertreter der Arbeiter machten die vollständige Erledigung der Angelegenheit von den einzuberufenden Versammlungen abhängig.

Wittich. In Reichenbach u. d. G. Eute haben wegen Nichtbewilligung einer 15prozentigen Lohnerhöhung und des Umlaufs für die Waifeler 1000 Weber und Spuler der mechanischen Webereien von Wehl Rossau und Cohn die Arbeit niedergelegt.

Leipzig. Das Reichsgericht verwarf die Revision des Redakteurs Hofrichter in Köln, welcher am 21. Dezember v. J. wegen Beleidigung des Direktors der rheinischen Arbeitsanstalt in Braunweiler, Schellmann, zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden war.

Aus Nah und Fern.

„Ist ein deutsches Lustgesetz notwendig?“ — über diese in unserer von hygienischen Bestrebungen zu erfüllten Zeit gewiß recht interessante Frage verhandelte Montag Abend die „Deutsche Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege“ in Berlin im Anschluß an einen Vortrag des Vorgesetzten an der Technischen Hochschule Dr. Jurisch. Eine mächtige humane Bewegung, so führte Redner aus, erhebe sich aller Orten für die Behandlung und Heilung der Lungentränen. Seine (des Redners) Vorschläge gälten der Verhütung dieser Leiden. In den großen Industriebezirken verschlechtern die Fabriken und anderen gewerblichen Anlagen die Luft, und die bereits vorhandenen Vorschriften reichen nicht aus. Es sei daher der Erlass eines deutschen Lustgesetzes als hauptsächlichster Theil eines deutschen Lustrechts unumgänglich notwendig. Ein solches Gesetz würde auch die Handhabe zu einer gleichmäßigen Behandlung der Industriellen bieten und somit jede polizeiliche Willkür ausschließen. — Geh. Rath Bauarth stimmte dem Redner in Bezug auf den Erlass eines Lustgesetzes bei, wies jedoch darauf hin, daß schon jetzt die preussischen Behörden sehr streng bei der Konfiszirung der in Betracht kommenden industriellen Anlagen vorgehen. — Dr. Wühl hob hervor, daß das an sich erstrebenswerthe Ziel des Vortragenden viel leichter durch eine bundesrathliche Verordnung als auf dem Wege der Gesetzgebung zu erreichen wäre.

Aus dem Auswärtigen Amt in Berlin wird gemeldet: Am 5. April haben starke Haufen von Schaus-Pottentotten im Verein mit Damaras und Mikodemus Kammema Hauptmann Estorf und 50 Reiter bei Sobabis zweimal angegriffen. Beide Angriffe wurden, nachdem es bis zum Hauptgemenge gekommen war, siegreich abgeschlagen. Die Rebellen waren modern bewaffnet. Auf unserer Seite sind gefallen: Lieutenant Lampe, Fabrikbesitzer Schmidt, Sergeant Bannach und die Reiter Feudges Gyner, Ludwig, Edisch und Ludwig. Schwer verwundet sind Sergeant Fischer und Susat. Die „Rebellen“ haben 46 Mann verloren, darunter ihren Kapitän Lambert.

Eine eigenartige Verwendung der Steuergroschen, die auch den Staatssekretär Stephan interessiren wird, stellt die „L. W.“ fest. Führt da ein Hallecher Professor, der Direktor des landwirthschaftlichen Instituts der königl. Universität Halle, Dr. Kühn, das Bedürfnis, den Reichsboten die agrarische Ansicht über den Getreide-Terminhandel in einer eigenen Abhandlung, die nichts als alte Geschichten wiederholt, vorzutragen. Die Abhandlung ist in der Zeitschrift der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen erschienen. Herr Kühn aber ist ein sparjamer Herr und bemußt die amtliche Portofreiheit, um seine private Schreibübung kostenlos zu verschicken, also 397 mal 3 Pfennige zu sparen. Die

„Aber Herr Rath!“ konnte Werner sich nicht enthalten, vorwurfsvoll auszurufen. Er hatte sich kaum getraut, die Frau anzureden, so heilig war ihm ihr Schmerz gewesen, und nun wurde ihre Herzenswunde hier durch schonungslose Worte so rauh berührt, daß dieselbe doppelt schmerzen mußte.

Der Kriminalrath zuckte die Achseln. Er war keineswegs ein roher Mann, aber durch seine Gerichtspraxis und seine Beschäftigung mit Auskundschaften von Verbrechen abgestumpft und für jede zarte Rücksichtnahme empfindungslos geworden.

Ein Blick auf die weinende Frau und der vorwurfsvolle Ruf Werners ließen ihn indes einen andern Ton anschlagen. Er zwang sich, milder und gedämpfteren Tones weiter zu sprechen:

„Es muß für Sie gewiß sehr schmerzlich sein, Madame, meine Fragen und Erörterungen zu vernehmen, aber das Gericht ist nicht dazu da, milde Tröstungen zu spenden; das ist ein schönes Vorrecht der Religion und ihrer Diener. Wir haben einen andern, aber gewiß ebenso segensvollen Beruf. Wir spüren dem Unrecht nach und verfolgen das Verbrechen auf seinen dunklen Wegen, um es zu entdecken und es zur Strafe zu ziehen! Dem beleidigten Gerechtigkeitsgefühl Genugthuung zu verschaffen, heißt auch Trost spenden!“

Frau Scholwien erhob den Kopf und trocknete mit einer gewissen Hast ihre Thränen; in den Worten des Kriminalraths hatte etwas gelegen, das eine Saite in ihrer Seele lebhaft erklingen ließ.

„Genugthuung!“ — Der Gedanke an solche drängte für den Augenblick ihren Schmerz etwas zurück. Ihr

Converts tragen auf der Rückseite den Stempel: Landwirthschaftliches Institut der kgl. Universität Halle und auf der Kopfseite den amtlichen Vermerk:

Frei St. Auerf. Nr. 21.
Königl. preuss. Universität.

Das ist halt . . .

Auf zum Kampf für Religion, Sitte und Ordnung! Ein ganzer Nationenkönig von Quellen mit den schwersten Bedingungen steht dem sensationelküsternen Publikum vor. Wie die „Rheinische Volkstribüne“ mittheilt, anden seit längerer Zeit in Düsseldorf Sitzungen von Spiritisten statt, an denen eine ganze Reihe Edelsteine und Beste aus den vornehmsten Kreisen der Stadt Düsseldorf mit ihren Damen theilnahmen. Diese Nachricht wirbelte in unserem frommen Städtlein viel Staub auf und die Presse brachte wochenlang Artikel für oder wider die Spiritisten-Humbung. Dann wurde es plötzlich still. Kei Mensch sprach mehr von den Geisterklopfen. Was mo geschehen? Wie berichtet wird, sollen im Kreise der Bekehrten gar niedliche Dinge, theils während, theils nach den Geisterklopfereien vorgekommen sein, Dinge, die zu einem öffentlichen Skandal führen müssen, wie Düsseldorf noch niemals einen Skandal gesehen hat. Und die niedlichen Dinge, sie sind wiederum der Grund, weshalb die Geisterklopferei nun mit dem Schieß- oder Stechsprügel in der Ehrenausfertigung „niedlich besudelte Ehre“ sich gegenfeitig wieder einläuteln wollen.

Der „gestoppte“ Fabrikinspektor. Der „Passauer Bzg.“ wird aus D e g g e n b o r f geschrieben: Ein hübscher Abenteuer erlebte dahier der Herr Gaverbeinspektor. Durch seine eingehenden Erkundigungen bei den Arbeitern kam er nämlich bei einigen Arbeitgebern in den Verdacht, er könnte ein sozialdemokratischer Aufwiegler sein. Die Polizei wurde sofort verständigt und ging auch auf die Suche. In einem Gasthose wurde der Herr gefunden und kontrollirt. Nachdem „die Papiere in Ordnung“, konnte der Herr Inspektor nicht „mitgenommen“ werden. Derselbe lachte herzlich über das ihn widerfahrne Abenteuer, muß sich aber doch eigenartige Gedanken über den Unstand machen, daß Jeder, der sich über die Verhältnisse der Arbeiter erkundigt, bis an den Beweis des Gegentheils als sozialdemokratischer Agitator gilt.

Experimental-Vortrag über das Fegefeuer. Man schreibt dem „Tiroler Tageblatt“ aus Mattenberg: In der höheren Klasse der Volksschule zu Stundl verbreitete sich unlängst der Katechet und Kooperator Alois Schiefel in längeren Ausführungen über die Qualen der Hölle und des Fegefeuers und lud dabei die Mädchen ein sich in sein Zimmer zu begeben, wo er ihnen diese Qualen noch besser veranschaulichen wollte. Einige Mädchen gingen wirklich mit. Der Herr Kooperator zündete ein Kerze an und hielt die Finger der Mädchen über die Flamme. (!) Nun fühlte sich eines der Mädchen, durch den Schmerz gezwungen, veranlaßt, das „Fegefeuer“, d. h. die Flamme, auszublasen. Darüber erbost, nahm der Herr Katechet und Kooperator das Mädchen zwischen die Knie und hielt seinen Finger so lange über das Licht bis er Blasen und eine Entzündung bekam, so daß die Hilfe des Arztes in Anspruch genommen werden mußte. So viel uns bekannt ist, haben die Eltern des Kindes Anzeige bei der Bezirkshauptmannschaft erstattet. Die Sache selbst, bemerkt dazu das genannte Blatt, erinnert sehr an einen Fall bei Schulschwestern in unserer aller nächsten Nachbarschaft, die vor einigen Jahren in der selben Weise ihrem Unterricht drastisch nachhalsen. Ein so empörende Handlungsweise, die damals allgemein sozialistischer Dummheit zugeschrieben wurde, nach dem gegenwärtigen Fall aber, der von einem Priester ausgeht, sieht als eine, wie es scheint, weiter verbreitete Katecheteproxis darstellt, verdient exemplarisch bestraft zu werden.

Augen haftete in dem des Beamten und spiegelte eine Strahl seiner Festigkeit zurück.

„Unser Wahlpruch,“ fuhr der Kriminalrath fort, „heißt Aug' um Aug', Zahn um Zahn, und deshalb kommt mir alles darauf an, zu ergründen, ob Ihr Mann durch Mord oder Selbstmord geendet hat, da ein Unglücksfall uns jetzt ausgeschlossen erscheint!“

Ein jähes Roth fuhr über das Gesicht der jungen Wittwe, das Roth der Empörung, welches ihren Schmerz noch mehr in den Hintergrund drängte als vorher der Gedanke an Genugthuung und Rache für den Tod ihres Gatten.

Sie sprang von ihrem Sitze auf, und ein flammendes Blick der Entrüstung traf den Kriminalrath.

„Selbstmord?“ rief sie vor Born erglühend. „Wann kann wagen, von Selbstmord zu sprechen bei dem heiligen Gatten, bei dem zärtlichsten Vater, der keinen andern Beruf kannte, als für die Seinigen in Liebe zu sorgen? War es doch nur diese liebende Sorge für mich, unsern Knaben, die ihn zu dieser unseligen Reise verließte, auf welcher er nun durch verruchte Hand den Tod gefunden hat!“

Der erregte Ausdruck ihres Gesichtes fand einen glanz in Werners Zügen, während das Antlitz des Kriminalraths kalt und unbeweglich blieb.

„Allerdings,“ entgegnete lehterer, „liegt manches von das einen Mord annehmen läßt, wenn nur der Grund zu einem solchen sichtbar wäre. Eine Verabung hat nicht stattgehabt, denn die werthvolle Uhr und Kette, wie das gefüllte Portemonnaie haben sich bei der Leiche unverfehrt vorgefunden.“

(Fortsetzung folgt.)